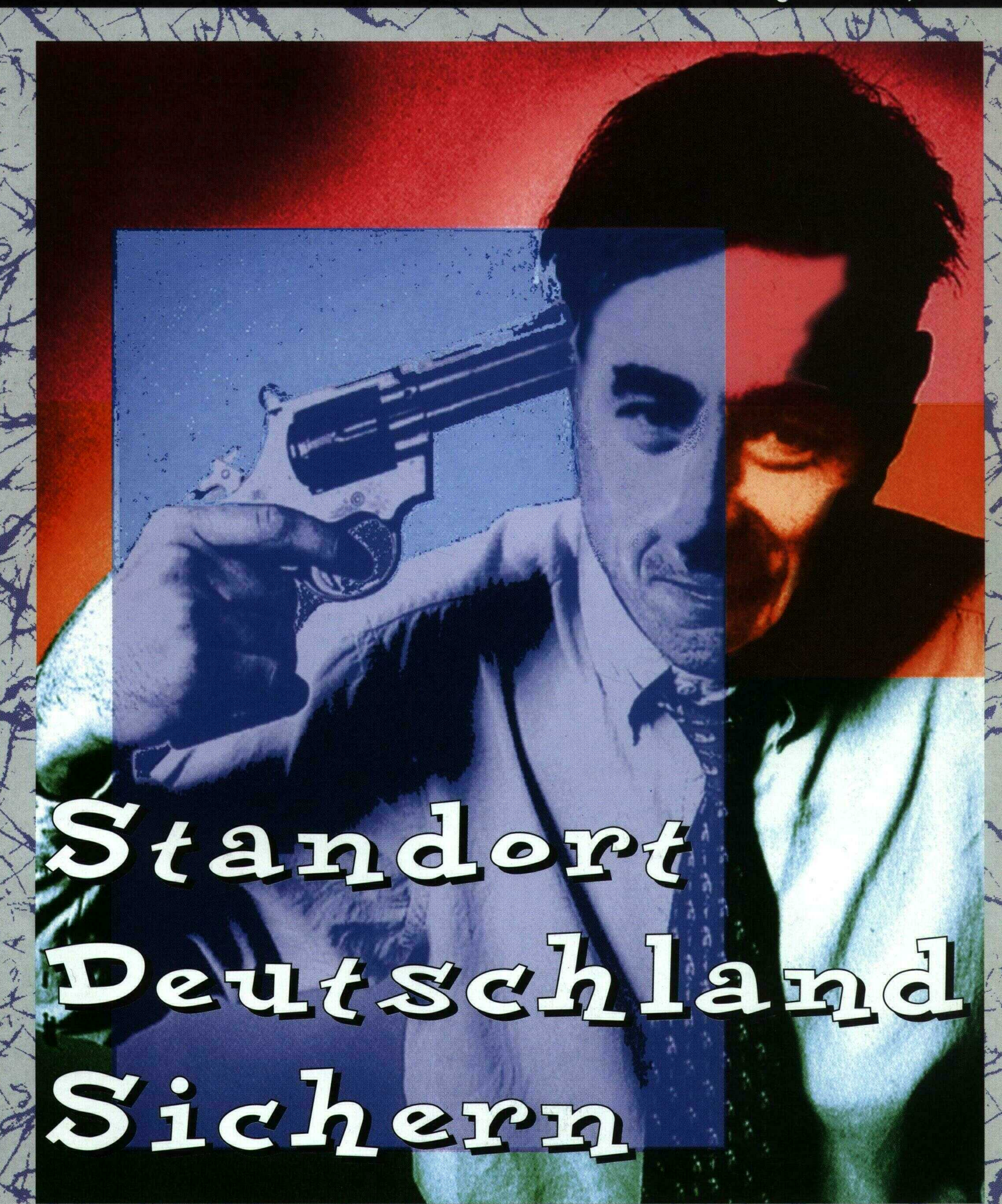
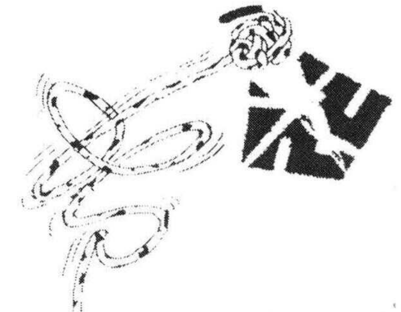
ANTIFASCHITISCHE NRW ZEITUNG

Nr. 11 • Juni – Aug. ´96 • 3,– DM







Liebe LeserInnen und Leser,

mit etwas Verspätung ist sie nun endlich fertig: Die elfte Ausgabe der 'Antifa-NRW-Zeitung'. Inhaltlich beschäftigt sie sich u.a. mit den Hintergründen des Brandprozeßes in Hattingen - einem ähnlich gelagerten Fall wie in Lübeck -, mit der sogenannten 'Runde-Tische-Bewegung' und der 'Gesellschaft für freie Publizistik'. Der angekündigte Artikel über rechte Bands in der BRD wird leider erst in der nächsten Ausgabe erscheinen.
Bleibt noch zu sagen, daß die Rubrik 'Berichte aus NRW-Städten' in dieser Ausgabe noch magerer ausgefallen ist, als in der letzten. Darum noch einmal unsere Bitte: Schickt uns Recherche-Berichte und Layout-Material aus Euren Städten. Einen fundierten Überblick über neofaschistische Aktivitäten in NRW können wir nur gewährleisten, wenn sich möglichst viele Antifa-Gruppen beteiligen. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 4. August 1996.

Eure Redaktion

IMPRESSUM

ViSdP: P. Schulze
Kontakt:
ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG
c/o Infoladen
Brunnenstraße 41
42105 Wuppertal

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301 0375 603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank

Auflage: 1000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:
Wegen der hohen Portokosten, kostet ein Jahresabo 18,- DM, also 4,50 DM pro Ausgabe.
Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Brandprozeß Hattingen - "Modell Lübeck" an der Ruhr

Am Morgen des 5. Juni 1993, eine Woche nach dem mörderischen Brandanschlag in Solingen, wurde im Haus der türkischen Familie Ünver in Hattingen-Welper Feuer gelegt. Beide Stockwerke brannten aus.

Die anwesende Mutter konnte sich und ihre Kinder gerade noch vor den Flammen retten.



Das Haus der Familie Ünver in Hattingen

Nicht retten konnte sie sich

- vor dem Verdacht, der von der Polizei und der Staatsanwaltschaft forciert wurde, sie selbst habe das Feuer gelegt,
- vor den Medien, die dienstbeflissen die staatliche Version für die Brandursache propagandistisch flankierten,
- und vor den daraufhin einsetzenden üblen Nachreden und Anfeindungen seitens Hattinger BürgerInnen, die die Familie zum Umzug in eine andere Stadt zwangen.

Gerettet hingegen wurde

- das *"Ansehen Deutschlands in der Welt"* (und somit auch der *"Standort Deutschland"*) vor dem Verdacht, der Rassismus von '33 bis '45 würde wieder aufleben.
- die Stammtischmentalität eines Großteils der Deutschen (von ParlamentarierInnen bis ProletarierInnen), der allzugern den Opfern die Verantwortung für die Tat zuschreibt,
- ein beunruhigter Teil der deutschen Bevölkerung vor der Erkenntnis, Rassismus nicht mit 'good will'-Verlautbarungen stoppen zu können.

Daß der von der Essener Staatsanwaltschaft gegen Frau Ünver angestrengte Prozeß wegen schwerer Brandstiftung sich zu einem Flop für die Staatsanwaltschaft entwickelte, die Polizei weitere Belege für ihr skandalöses Ermittlungsgebahren gegen Rechte lieferte, und daß sowohl Staatsanwaltschaft, als auch Polizei keinerlei Zweifel an ihrer rassistischen Potenz offen ließen, ändert nichts an diesen Umständen. Der glatte Freispruch und erst recht die skandalösen Praktiken der Behörden fanden bei den Medien und in der Öffentlichkeit längst nicht das Interesse und den Raum, wie der forcierte Verdacht gegen Frau Ünver.

Kombiniere: Es ist nicht, was nicht sein darf!

Noch am frühen Morgen des 5. Juni 1993 traf der 49-jährige Hauptkommissar und Einsatzleiter **Helmut Neufeld** ein und besichtigte den Brandort. Wie er im Februar/März '96 vor dem Essener Landgericht zu Protokoll gab, stand für ihn sehr schnell fest, daß es sich nicht um einen rassistischen Brandanschlag handeln könne. Denn, so seine 'fachkundige' Auffassung: Rassistisch motivierte BrandstifterInnen benutzen Brandbeschleuniger und zünden Objekte versteckt von außen an. Fest stand für ihn weiterhin, daß in dieser Situation nach Solingen, angesichts des öffentlichen Interesses und der Welle der Solidarität, *"dem Ganzen die Spitze"* genommen werden müsse.

Gesagt, getan. Und so machte sich unser Sherlock Holmes mit einer ganzen Schar Doktor Watsons mit aller 'Spitz'findigkeit ans Werk.

Frau Ünver wurde nach einer ersten Befragung der Familie am Morgen des 5.6.1993 noch ein zweites Mal zu einer ZeugInnenvernehmung zu unserem Sherlock geholt. Dieser offerierte ihr, daß er keineswegs daran glaube, sie hätte einen jungen Mann im Haus gesehen und stattdessen davon ausginge, daß sie selbst den Brand gelegt hätte. Unser langgedienter Sherlock machte im Handumdrehen aus einer ZeugInnen- eine Verdächtigenvernehmung und 'vergaß' obendrein, Frau Ünver auf diesen Umstand, etwa in Form einer Rechtsbelehrung, hinzuweisen. Das gewünschte Geständnis seitens Frau Ünvers aber blieb aus. Diese Vorgehensweise führte übrigens später im Prozeß zu einer Aberkennung der Verwerbarkeit der Vernehmung durch den Vorsitzenden Richter **Franz Hengst**, nachdem von der Verteidigung der Vorwurf erhoben worden war, es sei mit verbotenen Verhörmethoden gearbeitet worden.

Da kein Geständnis vorlag, konnte SoKoleiter Herr Neufeld Frau Ünver bei der ersten Pressekonferenz um 13:00 Uhr nicht als Täterin präsentieren.

Stattdessen kamen die Beobachtungen eines Nachbarn zur Sprache. Dieser hatte zur Brandzeit drei Männer vom Haus weglaufen sehen. Einer war ihm wegen seiner auffälligen Frisur (einrasierte Winkel am Hinterkopf und ein *"Haarhörnchen"* vorne) besonders aufgefallen. Daß dieser und weitere Hinweise auf FremdtäterInnen unseren Meisterdetektiv und seine Doktor Watsons in ihrem Verdacht gegen Frau Ünver nicht beirren konnte, zeigen ihre *"Ermittlungen in alle Richtungen"*. Eine interessante Spur sei hier nachgezeichnet.

"Wir suchten keine Verdächtigen, wir suchten Zeugen!"

Der erste Hinweis:

Der bereits erwähnte Nachbar gab in seiner Zeugenaussage an, er sei in der Brandnacht durch ein Geräusch aufmerksam geworden und habe vom Fenster aus die drei Personen unter einer Laterne stehen sehen, darunter die Person mit der auffälligen Frisur. Letzterer habe den anderen beiden etwas ähnliches wie *"Laßt uns abhauen!"* zugerufen. Dieselbe Aussage gab der Nachbar noch einmal vor Gericht zu Protokoll. Nur diesmal sichtlich eingeschüchtert, denn seine Beobachtungen wurden nicht nur von unserer Baker Street Crew in Zweifel gezogen, sondern dank deren 'Bemühungen' wurde er auch arbeitslos. Wiederholt spähten Dr. Watsons bei Tag und Nacht durch besagtes Fenster, ob dieser Blickwinkel überhaupt derartige Beobachtungen zuließe. Sie klebten sich dabei sogar Pflaster auf den Hinterkopf, wohl um zu prüfen, ob aus dieser Entfernung und bei Nacht so etwas wie ein Haarschnitt erkennbar ist. Dreimal wurde der Zeuge von der Arbeitsstelle abgeholt und zur Vernehmung auf's Revier gebracht. Holmes Untergebene hinterließen beim Arbeitsgeber des Zeugen ein solch bleibenden Eindruck, daß dies zu dessen Entlassung führte.
Dennoch blieb der Nachbar vor Gericht bei seinen Aussagen und sagte zusätzlich aus, daß er die ihm aufgefallene Person drei Wochen nach der Brandnacht in Hattingen gesehen habe. Holmes und Co hätten sich dafür aber nicht interessiert.
Holmes, suchten Sie nicht Zeugen?

Der zweite Hinweis:

Auf die Zeugenaussage des Nachbarn hin, wurde in den Zeitungen ein Phantombild veröffentlicht. Hierauf meldete sich bei der Polizei eine Frau, die angab, einen jungen Mann mit einer solchen Frisur gesehen zu haben. Dieser würde in einer Kneipe namens **'Haus Rost'** in Bochum verkehren. Die Kneipe sei ein Treffpunkt von Rechtsradikalen. Am Wochenende würden sich dort z.B. die **'Republikaner'** treffen. Anlaß für Holmes, gleich zwei Doktor Watsons zu der Kneipe zu schicken. Der Wirt, Herr **Sythoff**, konnte sich *"beim besten Willen"* nicht an solch einen Mann erinnern. Er selbst sei auch Mitglied der 'Republikaner', und am besten frage man doch den Kreisvorsitzenden Herrn **Wilfried Maehler**, ob der etwas wisse. Und so investierte die SoKo in die Telekom und kontaktete Herrn Maehler. Der wußte schon vom Begehren der Polizei und versicherte, so einen Menschen nie im 'Haus Rost' gesehen zu haben, wo er schließlich Stammgast sei. Er würde aber für die Polizei Erkundigungen einziehen. Die SoKo zeigte sich sichtlich beeindruckt über die Kooperationsbereitschaft des 'Republikaners' und schloß kurz darauf die Akte zu 'Haus Rost'.
Die Frau, die sich als Zeugin gemeldet hatte, gab ihre Auskünfte nur einmal telefonisch an. Sie und weitere ihrer Bekannten wurden nie als ZeugInnen befragt. Kein weiterer Gast der Kneipe wurde vernommen, keine Erkundigungen über die Kneipe und das dortige Publikum eingeholt und auch keine weiteren Ermittlungen eingeleitet. Herr Neufeld im Prozess: *"Wie soll ich denn das machen?"* Von den ZuschauerInnenreihen erntete er darauf zorniges Gelächter, von der Verteidigung der Frau Ünver die Frage, wie er denn gegen einen x-beliebigen Kreis Tatverdächtiger aus dem mafiösen Milieu vorgehen würde. Würde er die dortigen Bosse befragen, diese kooperativ finden und seine Ermittlungen diesen überlassen? Holmes darauf: *"Wir suchten keine Verdächtigen, wir suchten Zeugen."*
Holmes, Holmes...

Der dritte Hinweis:

Ein weiterer Hinweis aus der Bevölkerung ging ein. Es gäbe eine rechte Jugendgruppe in Hattingen. Zentrale Figuren seien u.a. **Dominik Kwiatkowski**, **Mike Sonnenschein** und **Heiko Ehrlich**, die durch ihre Ausländerfeindlichkeit aufgefallen seien und denen so etwas zuzutrauen sei. Und so wurden die Herrschaften, die ebenso wie **Mark Rinschede**, **Holger Sonnenschein** und **Marko Voss** schon wegen diverser Anpöbeleien gegen Hattinger Punks bekannt geworden sind, aufgesucht und zu ihren Aufenthaltsorten zur Tatzeit befragt. Ergebnis, wie nicht anders zu erwarten war: Man war besoffen. So besoffen, daß man nur noch wisse, zur ungefähren Tatzeit zusammengewesen und nicht am Tatort gewesen zu sein. Die Baker Street Crew interessierte weder die unterschiedlichen Zeitangaben der Jungs, noch, daß Dominik Kwiatkowski angab, daß er sich am nächsten Tag die Haare - und zwar den Pony - geschnitten habe und dann zu seinen Kumpels gegangen sei, um sich den Nacken ausrasieren zu lassen. Welche Frisur er vor diesem besagten Haarschnitt gehabt hat - diese Frage erübrigte sich selbstverständlich für unsere Routiniers aus der Baker Street.
Während Holmes und Co in Richtung FremdtäterInnen wie beschrieben 'ermittelten', kombinierten sie gegen Frau Ünver wie folgt:
Warum wollte die Frau zurück in das brennende Haus rennen, obwohl alle BewohnerInnen bereits in Sicherheit waren? Wie kommt es zustande, daß Frau Ünver durch eine offene Tür einen Mann gesehen hat und die Tochter die Tür als geschlossen beschrieb? Wieso gab es Brände in verschlossenen Räumen? Wie waren die TäterInnen entkommen ?
Alles Fragen, die Holmes sich stellte und kristallklar kombinierte: Das angebliche Opfer war die Täterin! Fehlt nur das Motiv. Sicherlich Versicherungsbetrug. Schade, daß keine Versicherung vorhanden war. Na, dann

eben die zu erwartenden Spenden, wegen des ganzen verbrannten Hausstandes. Darauf hatten die Ünvers es sicherlich abgesehen. Die wollten bestimmt in die Türkei zurück und noch mal kurz vorher dick absahnen. Fehlt nur noch der Beweis der Hypothese. Indizien müssen her. Besser noch ein Geständnis. Zu schade aber auch, daß Frau Ünver sich wiederholt standhaft weigerte, sich selbst zu bezichtigen. Selbst das Drohen mit 20 Jahren Haft half nicht. Auch das 'Angebot', in einer Psychiatrie eine verkürzte Zeit zu verbringen, brachte nicht den gewünschten Erfolg. So blieb dann noch das Brandgutachten. Heureka, Watson. Gesucht, gefunden.



Und so erscheint am 16.6.1993 die Presseerklärung der Essener Staatsanwaltschaft, unterzeichnet von dem hinlänglich bekannten Staatsanwalt **Gutjahr**. Darin heißt es, daß nach *"umfangreichen Ermittlungen ... auf Grund objektiver Tatbefunde, der Ergebnisse der kriminaltechnischen Untersuchungen, der Feststellungen des Brandsachverständigen und der Bekundungen zahlreicher Zeugen"* Frau Ünver der Tat verdächtigt wird.

Die erwähnten *"umfangreichen Ermittlungen"* brachten unseren Sherlock Neufeld am 1.März diesen Jahres vor Gericht reichlich zum Schwitzen. Denn die Verteidigung arbeitete sehr gut die einseitigen Bemühungen der Polizei heraus. Ebenso, daß die kriminaltechnischen Untersuchungen durch die SoKo und die Staatsanwaltschaft einseitig ausgewertet wurden. Die Untersuchungen bewiesen sehr wohl, daß FremdtäterInnen in das Haus hätten eindringen können. Ein im Brandschutt gefundener und nicht zuzuordnender Schlüsselbund hätte die verschlossenen Türen erklären können. Nur hat unser Sherlock diesen Schlüsselbund nie zur Überprüfung dieser Möglichkeit ans LKA weitergeleitet. Das Brandgutachten beinhaltete auch, daß das Badezimmerfenster vor dem Brand zerstört wurde und durchaus jemand hätte dort eindringen und dort auch wieder fliehen können. Darüber hinaus zeigte es auf, daß sich durch den termischen Druck des Brandes die Tür hätte schließen können. Jene Tür, die die Tochter als geschlossen beschrieben hatte, während die Mutter sie vorher noch offen gesehen hatte. Die *"zahlreichen Zeugen"* konnten nur Panikreaktionen der Mutter am Tatort bekunden, die irrtümlicherweise davon ausging, eines ihrer Kinder sei noch im brennenden Haus und mit Gewalt daran gehindert werden mußte, zurück ins Haus zu laufen. *"Verdächtiges Verhalten"* konnte keine/r der ZeugInnen bekunden. Auch das angebliche Motiv, das das rassistische Bild der 'die Deutschen abzockenden Ausländer' zeichnet und von der Staatsanwaltschaft im Prozess präsentiert wurde, löste sich in Luft aus. Niemand, weder ArbeitskollegInnen noch NachbarInnen, hatten gehört, daß sich die Ünvers je zu Umzugsplänen in die Türkei geäußert hatten.

Genauso standhaft wie sich Frau Ünver, trotz des Drucks der Polizei, geweigert hatte, diesen ihr Konstrukt gegen sie zu bestätigen, genau so standhaft verhielt sie sich vor Gericht. Sie schwieg während des gesamten Prozeßverlaufes. Die gegen sie aufgebaute Darlegungs-, Ermittlungs- und Beweislast war sie nicht bereit hinzunehmen. Sie überließ den Anwälten die Entlarvung des Konstruktes. Und das machten diese gut: Frau Ünver wurde freigesprochen. Der Prozeß fand rege Anteilnahme seitens der FreundInnen der Familie, sowie antirassistischer Gruppen. Die ZuschauerInnenbänke des Essener Landgerichts waren alle acht Verhandlungstage voll besetzt. War die Pressebank zwar belegt, so schlug sich dieses nicht in der Berichterstattung ihrer Medien um. Der WAZ waren die Meldungen nur für den Hattinger Lokalteil gut. Und das auch nur im seichten Plauderton. Die Ermittlungsgebahren fanden nur in der **'Jungen Welt'** und der **'Frankfurter Rundschau'** ihren Widerhall. Nicht jedoch in der **Taz**, was aber nicht weiter verwunderlich ist. War es doch die Taz, in der Person von **Walter Jakobs**, die als eine der ersten den Verdacht der Polizei nachvollzog und andere davor warnte, sich *"da allzusehr reinzuhängen"*. Erst als eine andere offizielle Stelle, ein Gericht, einen Freispruch erließ, stellte sie sich auf die Seite der Opfer und bedauerte deren *"Spießrutenlaufen"*. Soviel zum integren Journalismus à la Taz.

„Modell Lübeck" und seine Vorläufer

Der Brandfall Hattingen ist einer von mehreren Vorläufern dessen, was sich in Lübeck als Form staatlicher Krisenbewältigung und Abwicklung rassistischer Massaker zu manifestieren scheint. Neben Hattingen sind ähnlich gelagerte Fälle u.a. aus Erbendorf, Bochum und Stuttgart bekannt. Dabei sind die Opfer von Hattingen noch am glimpflichsten davongekommen. Von weiteren Fällen, die nicht aufgedeckt oder über die nicht berichtet wurde, muß ausgegangen werden. Um die Parallelen deutlicher zu machen, sei hier auf einige bekannte Fälle kurz eingegangen:

Erbendorf

Nach wochenlangen Bedrohungen türkischer Menschen, wurde auf die Wohnung der Familie **Güdük** ein Brandanschlag verübt. Aus Sorge vor Anschlägen hatte das Ehepaar Güdük seine Kinder nicht im Kinderzimmer, sonderm im elterlichen Schlafzimmer schlafen lassen. So wurde niemand verletzt, als in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni 1993 die Scheibe zerbarst und der herbeieilende Vater ein *"an der Wand klebendes Feuer"* ausmachte sowie einen Mann, der von dem Haus wegrannte. Er rettete seine Familie und sich durch das Schlafzimmerfenster und sorgte dafür, daß die Nachbarn zügig das Haus verließen. Was nun folgte, wirkt wie aus dem Hattinger Drehbuch abgeschrieben. Zunächst zeigten sich die HonoratorInnen der Kleinstadt zutiefst bestürzt und waren nimmer müde, das gute Zusammenleben mit der ausländischen Bevölkerung zu betonen. Wider besseren Wissens betonten sie, daß es RassistInnen und Nazis in Erbendorf nicht gäbe. Um so erleichteter atmeten sie auf, als drei Wochen später Herr Güdük unter Verdacht geriet und inhaftiert wurde. Die Presse griff den Verdacht eifrig auf und machte diesen zu einer Gewissheit. Das Motiv war auch schnell bei der Hand: Versicherungsbetrug. Wieder einmal die Mär vom raffgierigen Juden, pardon: Ausländer. Und die einsetzende Gerüchteküche der Erbendorfer Volksgemeinschaft kochte ihr Süppchen von angeblichen Spielschulden, bis hin zu angeblich mehrfach aufgetretenen Bränden bei den Güdüks. Das Spießrutenlaufen für die Familie und den wenigen verbliebenen FreundInnen begann.

Neun Monate mußte Herr Güdük in U-Haft verbringen, bevor er nach einer Gerichtsverhandlung entlassen werden mußte. Und auch in diesem Prozeß brach das Motiv Spielschulden und Versicherungsbetrug in sich zusammen. Die kursierenden Gerüchte verpufften ins Nichts. Das Gutachten des LKA, das beweisen sollte, daß im Sinne der Anklage das Kinderzimmer nach außen und nicht nach innen eingeschlagen wurde, erwies sich als weniger wert, als das Papier, auf dem es geschrieben stand. Das LKA verwechselte schlicht die Kinderzimmerfensterscheiben mit denen des Schlafzimmers, das Herr Güdük zur Flucht aus der Wohnung eingeschlagen hatte. Und ein weiteres Gutachten des BKA sprach obendrein sehr wohl von der Möglichkeit, daß das Feuer mittels Leuchtspurmunition entzündet worden sein könnte.



Demotransparent in Lübeck

Trotz alledem wurde Herr Güdük am 11.4.1994 nur aus *"Mangel an Beweisen"* freigesprochen. Das liest sich wie folgt in der Freispruchsbegründung der Kammer: *"Die Hauptverhandlung konnte die Einlassung des Angeklagten, der Brand sei durch Fremdeinwirkung gelegt worden, nicht widerlegen"*. In Erbendorf heißt es: *"Er hat halt gute Anwälte gehabt."*

Die Güdüks sahen sich durch das feindliche Klima gegen sie gezwungen, aus Erbendorf wegzuziehen. Finanziell durch den Brand, die Anwaltskosten, die durch die Verdächtigung erfolgte Kündigung und die neun Monate Haft geschädigt, zweifach angegriffen, gedemütigt und ausgegrenzt, bleibt den Güdüks als einzige Hoffnung, daß die Wahrheit eines Tages ans Licht kommt.

Bochum

Am 22.6.1994 brannte es in dem vorwiegend von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Libanon bewohnten Haus in der Herner Str. 87. Konnten sich die Menschen aus den unteren Stockwerken noch retten, kam die Hilfe für die Familie, die unter dem Dach lebte, zu spät. Der neunjährige **Eisam Chandin** erstickte im Rauch. Fünf seiner Geschwister mußten aufgrund von Rauchvergiftungen tagelang im Krankenhaus behandelt werden. Ihr Vater erwachte erst nach Tagen aus dem Koma.

Auch hier waren die Tatumstände für die Behörden schnell geklärt. Kein Brandbeschleuniger: ergo, kein fremdenfeindlicher Hintergrund.

Obwohl eine Nachbarin zwei Männer weglaufen sah und der Vater nach dem Erwachen aus dem Koma angab, von zwei Fremden im Hausflur kurz vor dem Brand angegriffen worden zu sein, gab es auch nach einer Woche für die Polzei noch kein Anzeichen eines fremdenfeindlich motivierten Anschlags.

Ermittlungen wurden wieder gegen die Opfer geführt. In der Motivsuche schied diesmal Gewinnsucht aus. Mangelndes Verantwortungsgefühl und Fahrlässigkeit sollte die Brandursache sein. Der 14-jährige **Mohammad Badaoui** wurde mehrmals vorgeladen und sah sich mit der Frage konfrontiert, ob er im Keller heimlich geraucht habe. Dies verneinte er entschieden. Daß das Haus einem Immobilienmakler gehört, der über die Vermietung an Flüchtlinge von der Stadt Unsummen kassierte, gleichzeitig aber das Haus verkommen ließ, störte niemanden. Mangelnde Sicherheitsvorkehrungen, kaputte Flurbeleuchtung und Eingangstür etc.: Die gleiche Ghetto- und Zwangssituation wie bei den Flüchtlingen in der Lübecker Hafenstraße. Eine Situation der bewußten Ausgrenzung und Isolation, die

Flüchtlinge gleichzeitig zur perfekten Zielscheibe für Angriffe macht. Noch in ihrer Notunterkunft wurden die Flüchtlinge telefonisch mit einer weiteren Brandstiftung bedroht. Die Lokalpresse verhielt sich wie gehabt und berichtete erst aufgrund von antirassistischen Veröffentlichungen über die zahlreichen Ungereimtheiten in der offiziellen Version zur Brandursache. Daß die Ermittlungen kurze Zeit später eingestellt wurden, verwundert da nicht mehr.

Stuttgart

Als "normale" kriminelle Straftat wurde die Brandstiftung am 17. März 1994 in Stuttgart von den Behörden verkauft. Sieben ausländische Frauen, Männer und Kinder wurden dabei ermordet. Ein Jahr später gestand ein Deutscher, das Feuer aus Ausländerhaß gelegt zu haben. Dies war der Presse gerade mal ein paar Zeilen wert....

DOKUMENTATION

(Verschriftlichung verschiedener Berichte der Flüchtlinge, Hafenstraße/ Lübeck)

Wir, die Überlebenden des Brandanschlags vom 18.1.1996, melden uns zu Wort:

Nach Wochen der Trauer wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Nicht genug, daß wir 10 Menschen aus unserer Mitte verloren haben. Wir werden weiter gequält. Die Presse ist über uns hergefallen. Wir selber sollen den Brand gelegt haben. Unser Freund, Bruder und Sohn Safoan soll der Täter sein. Aber die wirklichen Täter laufen frei herum und werden nicht weiter verfolgt.
Wir haben in der Hafenstraße jahrelang zusammen gelebt wie eine große Familie. Unsere Kinder haben überall im Haus miteinander gespielt - egal, ob sie schwarz oder braun oder weiß waren. Wir haben uns sehr gut verstanden. Jetzt behaupten die Medien einen bösen Streit zwischen Arabern und Afrikanern. Diesen Streit gibt es nicht. Wir haben in Frieden und Freundschaft zusammengelebt - wir Flüchtlinge aus Angola, aus dem Libanon, aus Syrien, aus Togo, aus Zaire. Es wird ihnen nicht gelingen, uns zu spalten.
Der Brandanschlag vom 18. Januar war nicht der erste Angriff auf uns. Bereits im Juni letzten Jahres wurde im Eingang des Hauses eine stark riechende, brennbare Flüssigkeit ausgeschüttet. Es ist damals nichts weiter passiert. In der Nacht zum 18. Januar haben einige von uns deutlich gehört, wie eine Scheibe eingeschlagen wurde. Kurz darauf stand das ganze Haus in Flammen. Viele von uns sind aus den Fenstern gesprungen. Der Polizei haben wir gesagt, wo die meisten Menschen im Haus sind. Sie hat uns nicht geholfen. Sie hat uns daran gehindert, unsere Familien zu retten. Sie hat zugeschaut, bis die Feuerwehr kam.
Mit schlimmen Knochenbrüchen, Brandverletzungen und Rauchvergiftungen sind wir in die Krankenhäuser gebracht worden. Viele waren und sind sehr schwer verletzt. Das hat die Polizei nicht interessiert. Noch in der Tatnacht hat sie uns langen und quälenden Verhören ausgesetzt. Wir wurden verdächtigt, selbst Schuld zu sein. Wir sind behandelt worden wie die Täter, wie Verbrecher. Sie haben keine Rücksicht genommen auf unsere Trauer um die Menschen, die wir verloren haben.
Zuerst wurden wir für dumm und primitiv gehalten. Wir sollen Feuer in den Wohnungen gemacht haben; wir sollen mit Benzin gehandelt haben; wir sollen an der elektrischen Anlage herumgespielt haben und so weiter. Das ist alles nicht wahr. Wir sind nicht dumm. Dann haben sie versucht, die Täter unter uns zu finden. George haben sie verdächtigt, Rabi und Silvio. Rabi und Silvio sind beide tot - sie waren unsere Freunde. Und dann haben sie



Demotransparent in Lübeck

Safoan festgenommen. Er soll einen Streit mit Gustave gehabt haben. Dann soll er aus Rache das Haus angesteckt haben, in dem seine eigene Familie lebt und er selbst geschlafen hat.
Gustave und alle anderen haben vor der Polizei, vor der Presse und im Fernsehen gesagt, daß es zwischen ihnen keinen Streit gegeben hat. Es gab keine Prügelei, und es gab keinen Streit um eine Frau und keine Eifersucht.
Wir wissen alle: Safoan kann nicht der Täter gewesen sein. Und niemand anderes aus dem Haus war es. Safoan hat mit seinen Brüdern im IV. Stock der Hafenstraße geschlafen, bis er von Rufen der Nachbarin geweckt wurde. Als er die Tür öffnete, schlugen ihm die Flammen und der Rauch entgegen. Safoan wurde dabei selbst vom Feuer verletzt.
Drei deutsche Jungen sind nur wenige Stunden vernommen worden. Sie kamen nicht in Untersuchungshaft. Sie sind nach weniger als 48 Stunden freigelassen worden. Ihre Namen wurden geschützt. Safoans Name und sein Bild ging durch die Presse. Sie haben ihn schon verurteilt, bevor noch die Anklage erhoben worden ist. Safoan hat es nicht getan. Er muß im Gefängnis bleiben, weil kein Deutscher der Täter sein soll. 38 Zeugen, die alle dasselbe sagen: Safoan ist nicht der Täter, wird nicht geglaubt. Aber einem einzigen deutschen Feuerwehrmann wird geglaubt. Das Wort der Ausländer ist nichts wert.



DemotransPararent in Lübeck

Der Feuerwehrmann sagt nicht die Wahrheit. Er hat seine Aussage erst gemacht, als eine Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgestellt war. Warum hat er sich nicht direkt an die Polizei gewandt, die im selben Fahrzeug saß, als Safoan mit ihm gesprochen hat? Bis heute versucht die Polizei, Zeugen zu finden, die ihn belasten. Immer wieder werden wir aufgefordert, doch zu sagen, daß er es war. Kinder werden bis zu fünf Stunden ohne ihre Eltern und ohne einen Anwalt verhört. Die Polizei sagt ihnen: Du kennst doch den Täter: Safoan! Erzähl über ihn, was weißt Du über ihn!?
Um uns zu beleidigen und uns in der Öffentlichkeit schlecht zu machen, denken sie sich die schäbigsten Geschichten aus: Wir sollen unsere Kinder verprügelt haben. Wir sollen Porno-Filme mit unseren Kindern gedreht haben. Wir sollen Safoan geschützt haben, weil wir angeblich was zu verbergen haben. Sie wollen uns unglaubwürdig machen und gegeneinander aufhetzen. Es wird ihnen nicht gelingen.
Jetzt drohen sie uns mit Abschiebung: Der Brandanschlag soll mit unserer Asylbewerbung nichts zu tun haben. Sie wollen lästige Zeugen loswerden.
Nach dem Brand sind jedem von uns 1.000,- DM zugesagt worden, um uns das Nötigste zu kaufen. Wir haben ja alles in den Flammen verloren. Nur unsere Kassetten hat die Feuerwehr gerettet. Sie sind von der Polizei beschlagnahmt worden, weil sie belastendes Beweismaterial auf ihnen vermutet hat. 800,- DM sind uns schließlich gezahlt worden. Wir sind nicht dankbar für diese Unterstützung: Die Stadt will uns ihr schlechtes Gewissen abkaufen. Uns sind Wohnungen zugesagt worden. Es wird behauptet, alle hätten eine Woche nach dem Brandanschlag eine Wohnung erhalten. Auch das ist nicht wahr. Einige von uns leben noch heute in der Kaserne. Wir wollen etwas anderes:

Wir wollen einen unbefristeten und gesicherten Aufenthalt. Wir wollen eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung. Wir wollen das Ende der quälenden und erniedrigenden Verhöre. Wir wollen die Einstellung der staatlichen Ermittlungen gegen uns. Wir wollen, daß Safoan sofort freigelassen wird und die Ermittlungen auch gegen ihn eingestellt werden. Wir wollen, daß die richtigen Täter gesucht und gefunden werden und daß unsere Beobachtungen ernst genommen werden. Wir wollen, daß unser Bericht öffentlich bekannt wird und unsere schlimmen Erfahrungen international untersucht werden.

Die Überlebenden des schrecklichen Brandanschlags vom 18.01.1996

(Für die Richtigkeit der Übertragung und Übersetzung authentischer Berichte, *"AG zu rassistischen Ermittlungen beim ART-Hamburg"*, ANTIRASSISTISCHES TELEFON c/o HAUS FÜR ALLE, Amandastraße 58 in 20357 Hamburg. Tel. 431587, Lübeck, den 29. Februar 1996)

Das "Modell Lübeck"

Die in der Hansestadt Lübeck begangenen Brandanschläge auf die jüdische Synagoge und der Briefbombenanschlag der **'Bajuwarischen Befreiungsfront'** am 13.6.95, bei dem der Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Lübecker Rathaus verletzt wurde, sorgten für Schlagzeilen. So ließ sich nach den Morden vom 18.1.96 das Naheliegende nicht so leicht wegdefinieren, wie es in Stuttgart und vermutlich auch anderswo der Fall war. Der traurige Umstand, daß am 18.1. zehn Menschen ums Leben kamen, ließen Rassismus und staatliche Ausgrenzungsmaßnahmen wieder zum 'Thema' werden. Und zwar zu einem Zeitpunkt und in einer Art, die für die InitiatorInnen und ProfiteurInnen von Rassismus in Politik, Wirtschaft und Medien schlecht zu funktionalisieren war. 1991-1993 waren sie es, die durch die *"Asyldebatte"*, den Begriffen *"Asylmißbrauch"*, *"Überflutung"*, *"Überfremdung"*, *"Staatsnotstand"* etc. den Rassismus hochpeitschten, um anschließend den Flüchtlingen die Schuld an den Angriffen und Pogromen zu geben. Solange, bis das anvisierte Ziel der Grundgesetzänderung und noch effektiveren Abschottung Deutschlands verwirklicht war. Um sich dann umgehend in die medienweiße, international ausgerichtete Lichterkettenweste zu werfen. Den Zeitpunkt von Lübeck hingegen bestimmte das rassistische Fußvolk. Und zwar auf seine Weise. Da kann auch einem Bundespräsidenten mal fast die Geduld zu Ende gehen. Aber der Kapitalismus würde seinem Ruf nicht gerecht, würde er nicht auch diesmal wieder aus Scheiße Gold machen und den Spieß umdrehen. Auf bewährte Art wurde dem Ganzen *"die Spitze genommen"*. Eine unheilige Allianz aus Ermittlungsbehörden, Staat und Medien forciert, statt der Wahrheitsfindung, ihre rassistischen Bilder und Vorurteile. Mit Verleumdungen und Repression sollen die gewünschten Resultate erzielt werden. Verhöre von Kindern, willkürlich ausgelegte Gutachten, Abhörmaßnahmen und Nachrichtensperre sowie tendenziösen und verleumderischen



Das Lübecker Flüchtlingsheim

Presseartikeln zeugen von dem Notstand, in dem sich der rassistische Konsens 'Die Opfer sind die Täter' befindet und der mit Gewalt wieder hergestellt werden soll.
Eine mutwillige Verschwörung braucht mensch den agierenden rassistischen ProtagonistInnen dabei nicht zu unterstellen. Eher den Gleichschritt im Geiste. Da fallen Menschen wie der Bürgermeister **Boutellier** und die Politsendung **Monitor**, die den arischen Schulterschluß nicht nachvollziehen, um so angenehmer auf.
Aber auch wenn es eine glückliche Wendung in Lübeck geben sollte, Geständige gefunden würden, **Safoan Eid** freigelassen und rehabilitiert würde, scheint der Rassismus zu obsiegen und Lübeck zu einem weiteren Meilenstein in der rassistischen Geschichte der BRD zu werden.
Nicht nur, daß im Nachhinein in der Bevölkerung ein Dünkel an Safoan Eids Freispruch hänge. Nicht nur, daß Lübeck in seiner Dimension zum Protoyp aller Deutungen zukünftiger Brandanschläge, zum „Modell Lübeck" würde. Vielmehr ist zu erkennen, wie widerspruchslos die Definitionsgewalt des Staates und die Pressehoheit in diesem Land hingenommen wird. Die Lufthoheit der Stammtische und bevölkerungspolitischen Ambitionen des Staates sind die Ausgangsbasen der flächendeckenden geistigen Tiefflüge im deutschen Pressedickicht. Und die alternative Presse á la taz katzbuckelt und entschuldigt sich, von einem rassistischen Brandanschlag ausgegangen zu sein. Wie weit das staatliche Dominanzverhältnis eine umfassende Lethargie hervorruft, läßt sich nicht zuletzt auch daran ablesen, daß gerade mal 800 Menschen es schafften, am 23. März zur bundesweiten Demonstration nach Lübeck zu kommen.
Für eine Demonstration, die sich gegen die Festschreibung der rassistischen Verhältnisse und gegen die momentane Kräfteverschiebung zu Ungunsten von Freiheit, Menschenwürde und gleichen Rechten richtet, reicht das Maß der eigenen 'Betroffenheit' offensichtlich nicht mehr. Dies gilt auch für die mehr als mager in Lübeck erschienene Antifa-Bewegung.

Man kann Kämpfe verlieren, die man führt. Die, die man nicht führt, hat man schon verloren.

Es versteht sich von selbst, daß wir (die Redaktion der ANTIFA NRW-ZEITUNG) die Forderungen der Flüchtlinge aus der Hafenstraße in Lübeck unterstützen.

'Runde Tische' - Ein Neuversuch einer Einigung der extremen Rechten

Seit dem schlechten Abschneiden neofaschistischer Parteien im „Superwahljahr" 1994 sind verstärkt Bestrebungen zu beobachten, parteien- und strömungsübergreifende Foren zu konstituieren und zu verankern. Erklärtes Ziel der InitiatorInnen ist es, der Zersplitterung und Konkurrenz untereinander entgegenzuwirken und eine „Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts" auf den Weg zu bringen. Einer der Schwerpunkte dieser Einigungsversuche liegt in Nordrhein-Westfalen..

„*Schafft die Einheit der Rechten*" - Eine nicht gerade neue Parole innerhalb des neofaschistischen Spektrums. Immer wieder hat es Versuche gegeben, das Gemeinsame in den Vordergrund zu rücken, Absprachen zu treffen, bei Wahlen nicht gegeneinander anzutreten und gemeinsam eine größere Schlagkraft zu entwickeln. Federführend bei der Erhebung dieser Forderung ist die seit Jahrzehnten bedeutendste Zeitschrift im neofaschistischen Sumpf: Die Monatszeitschrift **'Nation und Europa'** (Auflage: ca. 10.000). Unermüdlich - wenngleich bisher nicht sonderlich erfolgreich - trommelt sie mit dem Fingerzeig auf Österreich und **Haiders** Wahlerfolge und Verankerung sowie auf die französische **'Front National'** für gemeinsame Wahlplattformen, Bündnisse und Kampagnen. Scharfe Kritik übt 'Nation und Europa' an Abgrenzungsbeschlüssen, Machtkämpfen innerhalb der und Gezänk zwischen den Fraktionen sowie an Spaltungsbestrebungen. Ihren Ausdruck im Parteienspektrum findet diese Strategie in der **'Deutschen Liga für Volk und Heimat' (DLVH)**. Kaum verwunderlich, sind doch sowohl die Herausgeber, als auch der Chefredakteur von 'Nation und Europa' hohe Funktionäre der DLVH.

„Schafft viele Runde Tische!"

Die erste 'Runde Tisch'-Initiative wurde in Eisenach von dem **REP**-Landesvorsitzenden in Thüringen, **Wolfgang Kleindienst**, auf dem Weg gebracht. Unter dem Motto „*Ein Modell für alle Patrioten*" verabschiedeten am 01.06.1995 siebzig TeilnehmerInnen einer geschlossenen Veranstaltung eine Erklärung unter der Bezeichnung **'Eisenacher Signal'**. Darin heißt es: „*Man kann nicht glaubhaft den Anspruch erheben, die Einheit Deutschlands vollenden und dem ganzen Volk dienen zu wollen, wenn man nicht einmal die Einheit der Gleichgesinnten erreicht, die dazu bereit sind. (...) Um die Einheit aller Patrioten (rechtzeitig) vorzubereiten, sollen ab sofort nach dem Eisenacher Beispiel überall lokal, regional und letztlich bundesweit unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland" Runde Tische einberufen werden mit dem Ziel, ungeachtet früherer Auseinandersetzungen jede Person und jede Strömung solidarisch zu stützen, die auf eine Sammlung der demokratischen Rechten hinwirkt.*" Inhaltliche Aussagen fehlen in diesem Appell völlig, ebenso wie in den Erklärungen sich anschließender 'Runder-Tisch'-Initiativen, die u.a. in München, Berlin, Würzburg und im Rheinland gebildet wurden. Alles dreht sich um eine wie auch immer organisierte und inhaltlich gefüllte Zusammenarbeit. Von repräsentativen Bündnissen aber kann auf keinen Fall gesprochen werden. Außer der DLVH, die oft federführend ist, diversen Kleinstparteien (z.B. REP-Abspaltungen) sowie mit Abstrichen der **NPD** sind zwar auch Mitglieder und einzelne Funktionäre (zumeist auf lokaler Ebene) der REPs und der **DVU** zu finden, die aber mit Parteiauschluß rechnen müssen, da Abgrenzungsbeschlüsse ihrer Parteien vorliegen. So heißt es zum Beispiel in einer Erklärung des REP-Bundesvorstandes vom 18.06.1995 in Reaktion auf das 'Eisenacher Signal': „ *(...) Der Bundesvorstand stellte in seinem Beschluß unmißverständlich fest, daß: 1. die Partei DIE REPUBLIKANER weiterhin jede Annäherung, jede Absprache oder jede andere Form von Zusammenarbeit mit Parteien oder Gruppierungen ablehnt, die der sog. 'Alten Rechten' (NPD, DVU, DLVH,* ***FAP*** *etc.) zugerechnet werden, (...) 3. sich die Partei DIE REPUBLIKANER nachdrücklich vom sog. 'Eisenacher Signal' distanziert, (...) 6. Parteimitglieder, die in Wort und/oder Schrift die Vereinigung mit der 'Alten Rechten' propagieren, ihren Weg außerhalb der Partei fortsetzen müssen. Mit diesem Beschluß hat die Partei ihren bisherigen Kurs bestätigt und allen Versuchen, eine neue rechte Sammlungsbewegung zu initiieren, eine klare Absage erteilt.*" Wolfgang Kleindienst, besagter 'Eisenacher Signal-Initiator' trat im übrigen im November 1995 aus der Partei aus und gründete den **'Freundeskreis Ein Herz für Deutschland'**. Überhaupt stößt der Abgrenzungsbeschluß an der REP-Basis und in der unteren Funktionärsebene nicht gerade auf ungeteilte Zustimmung. Die Wahlschlappen im Wahljahr 1994, interne Strömungskämpfe und



'Nation und Europa'

insbesondere die Abwahl des langjährigen Bundesvorsitzenden **Franz Schönhuber** (Aufhänger war Schönhubers Treffen mit dem DVU-Chef **Gerhard Frey** zwecks Absprachen) haben zum einen zu nicht unerheblich vielen Austritten aus der Partei und zum anderen zu einem Aufschaukeln der Strömungskämpfe geführt. Dem Schönhuber-Nachfolger **Rolf Schlierer** bläst hierbei der Wind nicht nur von GegnerInnen der Strategie der Abgrenzung und *„Anbiederung an das konservative Spektrum"* ins Gesicht, sondern auch von denjenigen, denen die Abgrenzung nicht weit genug geht, bzw. die die Abgrenzungsbeschlüsse nicht konsequent genug umgesetzt sehen. Ein Vertreter dieser Gattung ist der am 10.11.95 von seinen Ämtern zurückgetretene ehemalige Landesvorsitzende Bayern, **Alexander Hausmann**, zugleich ehemaliges Mitglied im Bundespräsidium, der gerne die Nachfolge von Schönhuber angetreten hätte. Seine Kritik richtete sich an die Bundesführung, die trotz der Abgrenzungsbeschlüsse Schönhuber und seine Weggefährten nicht aus der Partei warf, obwohl dieser währenddessen zur Galionsfigur der *„Runde-Tisch-Bewegung"* mutiert war und sich quer durch die Republik von einer Veranstaltung zu nächsten reichen ließ und auch weiterhin läßt. Währenddessen ist Schönhuber von sich aus aus der Partei ausgetreten. In der Begründung heißt es u.a.: *„Der Umgang innerhalb der Partei hat menschenverachtende Züge angenommen. Statt Sacharbeit zu leisten, ergeht man sich in endlosen Hahnenkämpfen, die zum Teil von verhaltensgestörten und komplexgeladenen Funktionären immer wieder angeheizt werden."* Schönhuber, der sich währenddessen als ständiger Autor in den wichtigsten Postillen der *„Kämpfer für die rechte Einheit"* (neben 'Nation und Europa' ist die Zeitschrift **'Europa Vorn'** zu nennen) betätigt, spricht heute von Fehlern, die er gemacht habe. Der von ihm selbst initiierte *„Abgrenzungsparteitag"* in Ruhstorf 1990 sei Ausdruck seiner Fehleinschätzung gewesen: *„Meine Rechnung, die Staatsdiener durch Preisgabe mancher, von parteipolitischen Gegnern als Extremisten bezeichneter Funktionäre vor der Garotte des Verfassungsschutzes zu bewahren, ist nicht aufgegangen."* Eine Politik der Unterwerfung unter einem permanenten Rechtfertigungszwang, ein Schielen nach dem Prädikat *„nicht verfassungsfeindlich"* habe keine Perspektive, zumal trotz dieser Strategie die REPs als extremistisch und verfassungsfeindlich eingestuft worden seien.

Die Relevanz der Auseinandersetzung innerhalb der REPs für das Thema *„Rechte Einheit / Runde Tische"* liegt auf der Hand. Die gewünschte Einheit wäre gegen eine starke, auf Abgrenzung setzende und sich evtl. wieder festigende Partei wie die REPs nicht möglich. Darum war auch die Landtagswahl in Baden-Württemberg von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung. Ein Wahldebakel in Form eines Absinkens unter die 5%-Hürde hätte Schlierer ziemlich sicher den Kopf gekostet und dem Abgrenzungsflügel den Wind aus den Segeln genommen. Vorsorglich hatte Schlierer vor den Wahlen schon einmal seinen Rücktritt in Aussicht gestellt, wenn so etwas passieren sollte. Trotz Stimmenverlusten (1,8 %) schafften die REPs mit 9,1% den Wiedereinzug in den Landtag, ein Ergebnis, das Schlierer und Co. zunächst einmal gestärkt hat. Beim Lesen der Glückwunschartikel in verschiedenen neofaschistischen Postillen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Schönhuber und Co. ein Wahldebakel der REPs wesentlich lieber gewesen wäre. Es wäre auch nicht das erste Mal gewesen, daß Schönhuber seinen alten Platz als Bundesvorsitzender wieder eingenommen hätte, wenngleich er heute immer wieder betont, daß er keinerlei Interesse an einem Comeback habe. Wie waren noch seine Worte auf dem politischen Aschermittwoch 1994: *„Ich bin vom Schicksal auserkoren, Deutschland zu helfen."*

Der „Runde Tisch NRW"

*„Hochrangige Funktionsträger sowie Aktivisten der REPUBLIKANER, der DVU, der DEUTSCHEN LIGA, der NATIONALDEMOKRATEN, vom AUFBRUCH '94, der **FREIHEITLICHEN**, der **BÜRGER**, der **DSU** sowie parteiungebundene Persönlichkeiten aus dem Rheinland trafen sich am 10. Juni 1995 in Bergisch-Gladbach auf Einladung des DEUTSCHE-LIGA-Landesvorsitzenden Ra **Markus Beisicht** und des EUROPA VORN-Herausgebers **Manfred Rouhs** zu einem ersten **'Runden Tisch der Konservativen und Demokratischen Rechten im Rheinland'** um über die Bündelung der versprengten Kräfte von Rechts zu beraten. Die Versammlung, an der über 80 Personen teilnahmen, verabschiedete einstimmig folgende Erklärung..."*



Rolf Schlierer, REP Bundesvorsitzender(Foto: Der Rechte Rand)

So der Wortlaut einer Mitteilung des DLVH-Landesverbandes NRW mit Sitz im Hinterzimmer einer Weinhandlung in Hürth bei Köln vom 12.06.1995. Es folgt besagter 'Rheinischer Appell', der nahezu textidentisch mit dem 'Eisenacher Signal' ist. Zwei Monate später folgte unter dem Logo **'Runder Tisch der Rechten im Rheinland'** eine Einladung zu einer Veranstaltung am 02.09.95, auf der **Franzis van der Eynde**, Abgeordneter des neofaschistischen **'VLAAMS BLOK'** im belgischen Parlament, als Gast und Referent angekündigt wurde. Die Einladung unterzeichneten zwölf Personen aus dem Großraum Düsseldorf, Köln und Bonn-Sieg-Kreis, fast ausnahmslos altbekannte AktivistInnen aus den neofaschistischen Spektrum und überwiegend ehemalige Mitglieder

der REPs (siehe Kasten). *„Wichtigstes Ereignis“* der Veranstaltung - so die VeranstalterInnen - war die Verabschiedung der ‘Pulheimer Erklärung’. Darin heißt es: „(...) *Jahrelanger Schlingerkurs und unnötige Querelen in den eigenen Reihen haben uns von Millionen Wählern entfremdet und auch die Leidensfähigkeit der Treuesten überfordert. Resignation und Frustration machen sich breit. Wir brauchen jetzt ein kraftvolles Signal der Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von Rechts. Es muß Schluß sein mit dem Gegeneinander eigentlich Gleichgesinnter. Nur wenn die vernünftigen Patrioten zusammenfinden, kann der Zerfall gestoppt werden und eine neue Aufbruchstimmung entstehen.*“

Bis zum 19.04.96 hatten 976 Personen die ‘Pulheimer Erklärung’, die regelmäßig in ‘Europa Vorn’ veröffentlicht wird, unterzeichnet. Am stärksten ist die „Fraktion“ der „Parteilosen“ vertreten (614, enthalten sind hier auch Personen, die keine Angaben zur Organisationszugehörigkeit gemacht haben), gefolgt von der DLVH (128, darunter fast sämtliche Funktionsträger der Partei)), den REPs (82, weniger als 0,5 % der Parteimitglieder), NPD (64), DVU (24) und **„Die Deutschen Patrioten“** (11). 14 weitere Organisationen / Parteien sind jeweils mit weniger als zehn Unterschriften von Mitgliedern vertreten, darunter drei Personen, die sich als CDU-Mitglieder und zwei, die sich als SPD-Mitglieder zu erkennen geben. Unter den **CDU**-Mitgliedern befindet sich **Ulrich Erle** aus Velbert, Inhaber der Firma **‘Mechano Schliff’**, für die er u.a. in der Zeitschrift der **‘Jungen Nationaldemokraten’ (JN) ‘Einheit und Kampf’** wirbt und versucht, Auszubildende zu gewinnen. Auch jeden Fall gefälscht ist im übrigen die Aufführung der Organisationsangabe **‘Bündnis 90 / Die Grünen’** bei einer Person namens **Klaus Stabrey**. Die ‘Grünen’ führen kein Mitglied mit diesem Namen, wie deren Bundesgeschäftsführerin mitteilte.

Insgesamt kann die UnterstützerInnen-Schar der ‘Pulheimer Erklärung’ nicht gerade als hochkarätig bezeichnet werden. Bis auf wenige Ausnahmen, z.B. der ehemaligen NPD-Interimsvorsitzenden **Doris Scherer** und dem Thüringer NPD-Landesvorsitzenden **Frank Golgowski**, sind kaum hochrangige Funktionsträger der wichtigeren Parteien im braunen Sumpf vertreten. Bei den zumeist regional beschränkten Kleinstparteien sieht dies anders aus. Eine Beteiligung an Bündnissen scheint bei diesen Gruppen als Chance gesehen zu werden, mehr politische Bedeutung zu erlangen und öffentlich in Erscheinung zu treten.

An Aktivitäten von Seiten des ‘Runden Tisches der Rechten in NRW’, der seit einiger Zeit als **‘Förderkreis Bündnis Deutschland / Runder Tisch NRW’** auftritt, sind neben diversen, von den Kölner DLVH-Aktivisten **Michael Wiechert** und **Benjamin Oster** verschickten, Presseerklärungen und regelmäßigen Treffen eines kleinen OrganisatorInnenkreises zwei Großveranstaltungen mit Franz Schönhuber (beide mit angeblich 250 TeilnehmerInnen) und die erste Ausgabe einer vierseitigen *„Zeitung“*, die großteils nachgedruckte Artikel aus ‘Europa Vorn’ enthält, zu nennen. Angeblich sind lokale ‘Runde Tische’ in Düsseldorf, Neuss, Gelsenkirchen / Dortmund und am Niederrhein an den Start gebracht worden.

Auf der zweiten Veranstaltung mit Schönhuber in Duisburg hat es auch bereits den ersten Abgrenzungsstreit mit Aktivisten militant-neonazistischer Gruppierungen gegeben. Mitglieder dieser Gruppen (u.a. ‘Junge Nationaldemokraten’) waren als Schutz an den Treffpunkten und als Ordner eingesetzt. Das **‘Nationale Infotelefon Rheinland’**, das von JN'lern betrieben wird, deutete eine verbale Auseinandersetzung an, da einigen *„Kameraden der revolutionären Bewegung“* Schönhubers Äußerungen nicht weit genug gingen und sie Verrat an der *„völkischen Grundlage des Nationalismus“* erkannten. Fazit des ‘Nationalen Infotelefons’: *„So glich die Versammlung (...) mehr einem Vertretertreffen der Hamburg-Mannheimer. (...) Es kann nicht unsere Aufgabe sein, konservative Spießer vor dem politischen Gegner zu schützen. Überlassen wir diese Leute sich selbst“*. Schönhuber konterte in ‘Europa Vorn’: *„(...) Es sind jene ‚kühnen‘ Patrioten, die sich vor laufender Kamera wie die tanzenden Derwische aufführen und ‚wir sind Deutsche‘ brüllen. (...) Die Polit-Derwische (sind) stolz auf ihr Ghetto-Dasein.(...), bekämpfen jeden, der ihnen bei einem Ausbruch behilflich sein will. (...) Sie sind von den Tischen fernzuhalten, ihr Platz ist die politische Isolierstation.“* Wesentlich harmonischer und ohne Anzeichen für Berührungsängste geht es da an anderen Stellen zu. In Berlin z.B. tummelten sich bei einem ‘Runden Tisch’ neben dem ‘Nation und Europa’-Herausgeber **Peter Dehoust** sowohl bekannte REP-Funktionäre, als auch führende Vertreter aus der militant - neonazistischen Szene.



FÖRDERKREIS BÜNDNIS DEUTSCHLAND / RUNDER TISCH NRW
c/o Michael Wiechert / Kalk-Mülheimer Str. 400 / 51065 Köln
Telefon: 0221-617860 / Fax: 02233-67549

An alle Patrioten in NRW

Einladung zum Runden Tisch von Rechts mit Franz Schönhuber

Köln, 07.02.96

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde !

Unsinniges Konkurrenzdenken sowie überflüssige interne Grabenkämpfe haben die gesamte demokratische Rechte geschwächt. Der Sturz in die dauerhafte Bedeutungslosigkeit droht. Aus diesem Grunde treffen sich allerorten Patrioten an Runden Tischen, um die Zersplitterung der demokratischen Rechten von der Basis her zu überwinden.

Um auch in NRW ein erneutes kraftvolles Signal zur Bündelung und Versöhnung aller politikfähigen Kräfte von Rechts zu setzen, laden wir zum

ersten Runden Tisch im Ruhrgebiet mit Franz Schönhuber

recht herzlich ein.

Die Großveranstalutng findet am Samstag, dem 2. März 1996, statt.

Aus organisatorischen Gründen sowie sicherheitstechnischen Erwägungen treffen wir uns auf dem Parkplatz am Zoo in Duisburg (Autobahnabfahrt DU-Kaiserberg).

Dieser Anlaufpunkt ist von 15 Uhr 30 bis 16 Uhr 30 besetzt. Bitte kommen Sie zeitig !

Für Notfälle sind wir am Samstag, dem 2. März 1996, ständig unter 0172-2320792 zu erreichen.

Bitte machen Sie auch politische Freunde auf diese wichtige Veranstaltung aufmerksam.

Wegbeschreibung:

Aus Richtung Köln: A3 bis Autobahnkreuz Kaiserberg. Dort auf die A 40. Die 1. Abfahrt ist die *Abfahrt Kaiserberg*. Dort die Autobahn verlassen. Die Stoppstraße (Ampel) gerade überqueren und direkt in die Einfahrt Autobahnmeisterei Kaiserberg und Parkplatz Zoo fahren.

Aus Richtung Dortmund: A 40 bis *Abfahrt Kaiserberg*, an der Stoppstraße (Ampel) links abbiegen in Richtung DU-Kaiserberg. Die Autobahn überqueren und sofort in die 1. Einfahrt rechts Autobahnmeisterei Kaiserberg und Parkplatz Zoo fahren.

ACHTUNG: Nicht durch die Umleitung beirren lassen!

Spenden für diese und ähnliche künftige Veranstaltungen bitte an:

Sonderkonto Rouhs/König Kto. 53 43 73 - 506, Postbank Köln, BLZ 370 100 50

Einladung zum "Runden Tisch im Ruhrgebiet"

Fazit

Eine Beurteilung der weiteren Entwicklung der „Runde-Tisch-Bewegung“ zu treffen, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch schwierig. Einiges deutet auf eine erneute Eintagsfliege, evtl. in Form einer weiteren unbedeutenden Partei hin (DLVH + einige Kleinstparteien). Unwahrscheinlicher, aber nicht unmöglich, ist ein Sammlungsversuch unter dem Dach der ‘Republikaner’. Eine solche Möglichkeit wird z.B. von der Kölner DLVH in Erwägung gezogen.

Die **‘Frankfurter Rundschau’** weiß zu berichten, daß eine „Vereinigte Rechte“

in Planung sei, die bei den nächsten Bundestags- und Europa-Wahlen antreten will. Die **taz** (10.11.95) zitiert den NRW-Verfassungsschutz-Chef **Achim Baumann**, der die Bestrebungen als *„neue Qualität"* wertet und es nicht für ausgeschlossen hält, daß es den Rechtsextremen gelingen könnte, die Isolation zu überwinden. Damit scheint er den 'Runden Tischen' eine größere Bedeutung beizumessen, als seine Behörde (vgl. Verfassungsschutzbericht 1995 NRW). Wie immer es auch sei: Fest steht, daß die Entwicklung bei den REPs von zentraler Bedeutung sein wird, und daß es z.Zt. keinen „Führer" gibt, der in der Lage wäre, sich an die Spitze einer Bewegung zu setzen und von allen akzeptiert würde. Hier scheiden sowohl Schlierer, als auch Frey aus. Für die eine oder andere Wahlabsprache und eine Zusammenarbeit hinter den Kulissen aber wird es reichen, wenn gleich dieses nichts entscheidendes neues wäre. Alles andere bleibt abzuwarten.

Einladende Personen zur Veranstaltung des „Runden Tisches der Rechten im Rheinland" am 02.09.95 in Pulheim

(Quelle: Einladungs-Rundbrief)

Angaben in Klammern: Ergänzungen der Red. der ANTIFA NRW-Zeitung. Alle anderen Angaben sind wörtlich aus dem Einladungsschreiben entnommen worden.

Eduard Mermagen, KV-Vorsitzender DIE REPUBLIKANER Köln (Köln; hat dementiert, seine Einwilligung gegeben zu haben, die Einladung zu unterzeichnen)

Ra **Markus Beisicht**, langjähriges Bundesvorstandsmitglied sowie stellv. Landesvorsitzender der REPUBLIKANER, jetzt Landesvorsitzender der DEUTSCHEN LIGA (Köln)

Richard Staginus, ehem. stellv. LV-Vorsitzender der REPUBLIKANER, jetzt Vorsitzender der FREIHEITLICHEN NRW (Düsseldorf; bis Frühjahr 1995 Vorsitzender des REP-Kreisverbandes Düsseldorf)

Hans Rustemeier, Publizist, Vorstand DIE REPUBLIKANER Westerwaldkreis (Limbach [Lahn]; ehem. DVU, NPD, **ÖDP**; **'Unabhängige Ökologen'**)

Dr. Helmut Fleck, ehem. Kreisvorsitzender der REPUBLIKANER Rhein Sieg, jetzt AUFBRUCH 94 (St. Augustin)

Brigitte Rensch, Bundesvorstandsmitglied der **FREIEN BÜRGER UNION** und Vorsitzende des KV Düsseldorf (Düsseldorf; ehem. Fraktionsgeschäftsführerin der **'Freien Wählergemeinschaft Düsseldorf'**)

Dieter Leo Amrein, AUFBRUCH 94 (ehem. REP Rhein-Sieg-Kreis)

Dietmar Dander, Landesvorsitzender **ÖKO-UNION** (Köln, Lehrer)

Josef Klar, ehem. DVU-Vorsitzender Köln (Köln; Mitglied des Landesvorstands DVU-Liste D)

Manfred Rouhs, Kreisvorsitzender DEUTSCHE LIGA Köln (Köln; ehem. JN, NPD, REP; Herausgeber 'Europa vorn')

Karl Denkewitz, langjähriges Bundesvorstandsmitglied der REPUBLIKANER, jetzt AUFBRUCH 94 (ehem. NPD)

Charlotten Lenzen, ehem. Kreisvorsitzende der REPUBLIKANER Düsseldorf, jetzt Landesvorstand DIE FREIHEITLICHEN

Kurt Täubner, DIE BÜRGER (**'Deutscher Bürgerschutz Köln'**)

Töten auf Weisung 'Odins'

Der wegen fünffachen Mordes verhaftete* Thomas Lemke *hat in der rechtsradikalen Szene eine lange Geschichte. Seit Ende März ist Thomas Lemke Patient der forensischen Klinik im westfälischen Eickelborn.

Die Polizei hatte den Neonazi am 17. März 1996 im sauerländischen Altena festgenommen. Die Ermittler waren ihm auf die Spur gekommen, nachdem am 15. März der abtrünnige Neonazi **Martin Kemming** im Hause seiner Freundin mit einer Pump-Gun erschossen wurde. Kemming hatte Thomas Lemke in einem noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahren schwer belastet. Bevor Martin Kemming von Thomas Lemke ermordet wurde, versuchte dieser seinen ehemaligen Kameraden und jetzigen Belastungszeugen davon zu überzeugen, daß er seine Aussage zurücknimmt. Da der ehemalige Kamerad sich weigerte, mußte er sterben. Nach der ersten Vernehmung bei der Polizei gestand Lemke vier weitere Morde.

Seine Mordserie begann im Juli 1995, damals brachte er, zusammen mit seiner mittlerweile auch in U-Haft sitzenden Freundin **Bianka W.**, die 25-jährige **Dagmar K.** aus Dortmund um. Dagmar K., eine Bekannte von Lemke, mußte sterben, da Lemke, gegen den damals ein Haftbefehl existierte, Angst hatte, sie könne ihn bei der Polizei verraten. Zusammen mit seiner Freundin lockten sie Dagmar K. nach Altena, erschlugen sie dort mit einem Klappspaten und verscharrten sie im Wald. Sein zweites Mordopfer brachte er um, da er *"mal einen Schwarzen erschießen wollte"*. Nach dem Mord, so seine Aussagen bei der Polizei, habe er ihn dann bei Duisburg in den Rhein geworfen. Wenige Wochen bevor er dann seinen ehemaligen Kameraden Martin Kemming umbrachte, ermordete er in Bergisch Gladbach die 22-jährige Antifaschistin **Patricia Wright**. Sie wurde zu seinem Opfer, da sie auf ihrer Jacke einen 'Nazis raus'-Aufnäher trug. Die fünfte Leiche ist bis heute weder bekannt noch gefunden.



Thomas Lemke

Seitdem versucht die Staatsanwaltschaft einen mittlerweile schon gewohnten Weg einzuschlagen. Nachdem nicht mehr zu leugnen ist, aus was für einer politischen Szene Thomas Lemke stammt, wird schnell die These des Einzeltäters, dessen Morde keinesfalls was mit seiner Gesinnung zu tun haben, aufgestellt. Auch war für den ermittelnden Staatsanwalt **Christian Gutjahr** und einen großen Teil der Medien eines ganz klar: Lemke wäre in der rechten Szene keinesfalls integriert, eher ein kleiner Mitläufer. So ließ sich die ehemals linke **TAZ** diese These von keinem Geringeren als dem ehemaligen Landesvorsitzenden der verbotenen **FAP**, **Siegfried Borchert**, bestätigen. Trotz der stetigen Versuche, Lemke losgelöst von allen politischen Organisationen zu sehen, sprechen die Fakten eine klare Sprache.

Schon im Jahre '91 taucht Lemke auf einer Gefangenenliste der in den USA von dem **NSDAP-AO** Führer **Gary Lauck** herausgegebenen Zeitung **'New Order'** auf. Daß seine Kontakte zur NSDAP-AO nicht zu leugnen sind, zeigt auch, daß er über Lauck seine mittlerweile von ihm getrennt lebende Frau kennengelernt hat. Auch war er ein emsiger Leserbriefschreiber in den **'HNG-Nachrichten'**, dem Mitteilungsblatt der **'Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene' (HNG)**. Doch beim einfachen Leserbriefschreiben blieb es auch im Knast nicht. Auf Anregung seines Kameraden **Erhard Kemper**, verfaßte er aus der Haft heraus für die 'HNG-Nachrichten', den Bericht *"Wie verhalte ich mich in der Gesinnungshaft?"* Diese Abhandlung verschafft ihm dann wohl auch den HNG-Titel 'Gefangener des Monats'. Kemper, ehemaliger Landesvorsitzender der FAP in NRW, versuchte mehrmals, Thomas Lemke in den diversen Justizvollzugsanstalten zu besuchen, was ihm aber nur selten gelang. Daß Kemper ein führender Kopf in der rechten Szene ist, zeigen seine unzähligen Verbindungen zu rechtsextremistischen Zeitschriften und Organisationen. So ist er langjähriger Redakteur der neonazistischen Monatsschrift **'Der Scheinwerfer'** von **Eberhard Hefendehl**. Dieser ließ in seiner Druckerei die Anti-Antifa-Hetzschrift **'Einblick'** herstellen. Weiterhin ist er als Prozeßbeobachter und Gebietsleiter für die HNG tätig. Auch bei Verhandlungen gegen die führenden Köpfe der österreichische Szene fehlte Kemper nicht. Dort wurde er von dem Rechtsanwalt Dr. **Herbert Schaller**, der auch sein Anwalt ist, immer aufs herzlichste begrüßt. Dr. Schaller ist der 'österreichische Rieger' und trat schon mehrmals in der BRD als Referent bei rechtsextremistischen Veranstaltungen auf, so z.B. 1991 auf einer Großveranstaltung der mittlerweile verbotenen **'Nationalistischen Front' (NF)**. Auch die **'Gesellschaft für freie Publizistik'** lud ihn gerne ein. Daß auch Thomas Lemkes Kontakte nach Österreich nicht zu verachten sind, zeigen Papiere, die der VVN vorliegen. So stand Lemke mit

dem wegen Mordes und anderer Straftaten einsitzenden Kroatiensöldner **Günter Reinthaler** in gutem Kontakt. Diesen hat er wohl in Kroatien geknüpft, wo auch Lemke längere Zeit gekämpft haben soll. Reinthaler hatte in Kroatien zusammen mit weiteren Kameraden eine serbische Familie vor laufender Videokamera hingerichtet und steht dem fünffachen Mörder Lemke in nichts nach. Vor seiner Festnahme soll sich Reinthaler mehrmals im Ruhrgebiet aufgehalten haben. Ob er bei seinen Besuchen im Ruhrgebiet auch Lemke besuchte, ist zur Zeit noch nicht bekannt.

Auch seine Kontakte zu militanten Rechtsextremisten im Raum Recklinghausen dürften den Ermittlungsbehörden nicht unbekannt sein. Der geständige Lemke war in mehreren rechten Organisationen Mitglied, so z. B. in den verbotenen FAP, NF, **DA**, NSDAP-AO und der im Raum Recklinghausen aktiven **'Deutschen Liste'** des 31-jährigen Hertener **Frank Reber**. Diese zu den Kommunalwahlen und Landtagswahlen angetretene Partei ist nahezu identisch mit der Anfang Februar bei einer Razzia aufgelösten **'Kameradschaft Recklinghausen'** (s. Städtebericht). Damals beschlagnahmte die Polizei unter anderem scharfe Waffen und eine Anleitung zum Bau von Sprengfallen.

Deutsche Neonazis maschierten in den Niederlanden

Am 30. März 1996 veranstaltete das **'Antikapitalistische Komitee' (AKK)** im niederländischen Leerdam eine Kundgebung, an der ca. 120 Nazis aus den Niederlanden und Deutschland teilnahmen. Das 'Antikapitalistische Komitee' ist ein Zusammenschluß von deutschen und niederländischen FaschistInnen. Die maßgebliche Organisation dieser Kundgebung übernahmen die Niederländer **Martijn Freling** und **Eite Homan** sowie die zwei deutschen **JN**-Kader **Michael Prümmer** und **Sascha Wagner**. Ein weiteres Indiz für die organisatorische Beteiligung der deutschen FaschistInnen sind die drei in der BRD angemeldeten 'Infotelefone', die über eine Mailbox bekannt gegeben wurden. Die Leitung des Aufmarsches hatte der niederländische Gebietsvertreter der **verbotenen 'Nationalen Offensive' (NO)**, Martijn Freling, inne. Freling, der heute als Abgeordneter der **CP'86** im Rotterdamer Stadtparlament sitzt, steht im Verdacht, an der Schrift 'Eine Bewegung in Waffen' mitgewirkt zu haben. Der Bereichsleiter **der 'Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Gau Niederlande' (ANS/NL), Eite Homan**, führte einen deutschen Block von ca. 20 FaschistInnen an. Unter ihnen befand sich auch der **GdNF**-Kader **Bernd Stehmann**, der mit Auftritten im europäischen Ausland schon Erfahrung hat. Bei dem Versuch, 1994 am 'Rudolf-Hess-Gedenkmarsch' in Luxemburg teilzunehmen, wurde er von der Luxemburger Polizei festgenommen. Ähnlich endete für ihn und einige Kameraden aus dem Hochsauerland-Kreis und Siegen der Ausflug in die Niederlande. Auf ihrem Heimweg versuchten sie, einen kleinen Aufmarsch in Arnheim zu inszenieren, was jedoch die niederländische Polizei zu verhindern wußte. Auch die JN sowie der ehemalige NO-Aktivist und Funktionär der **'Initiative für Gesamtdeutschland', Stefan Wiesel**, nahmen an dem Aufmarsch teil.

Interessant ist, daß, seitdem es in den alten Bundesländern immer schwerer für die Naziszene wird, diese zunehmend auf die Niederlande ausweicht und dort maschiert. Dieser Trend ist seit längeren in diversen Naziblättern zu verfolgen. Dort erscheinen immer wieder Berichte über gelungenen Aufmärsche in den Niederlanden. Sollte auch über die Demo in Leerdam ein Bericht erscheinen, so wird dieser ganz bestimmt verschweigen, daß die Kundgebung auf einem komplett abgeriegelten Platz stattfand, so daß die Bevölkerung von der Kundgebung kaum etwas bemerkte. Auch wird nichts davon zu lesen sein, daß MigrantInnen - die zu einer Gegenkundgebung mobilisiert hatten - eine Gruppe von sechs Faschisten auf ihrem Heimweg erwischten. Um ihre Haut zu retten, blieb den Nazis nichts anderes übrig, als durch eine eiskalte Gracht zu schwimmen.



Deutsche Neonazis in Leerdam; Bild Mitte: Bernd Stehmann (GdNF)

Herausgeber des 'Deutschen Manifest' auf der Anklagebank

Kurz vor dem 8. Mai 1995 tauchte bundesweit die antisemitische Hetzschrift 'Deutsches Manifest' auf. Knapp ein Jahr später saß der Herausgeber, Dr. Dietrich Griener aus Essen, in Dortmund auf der Anklagebank. Neben der Mitwirkung an der Erstellung des 'Deutschen Manifestes' hatte Griener einen Brief an alle Bundestags- sowie Landtagsabgeordnete verfaßt, in dem der Punkt Acht des NSDAP-Parteiprogramms enthalten war.

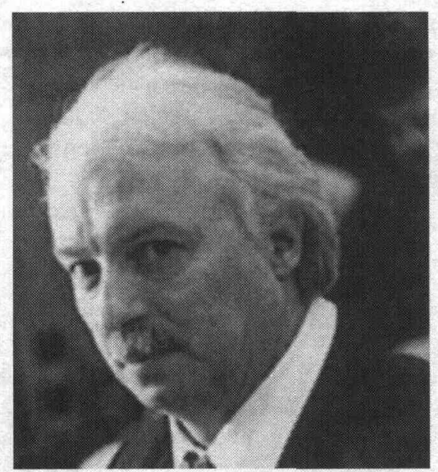
Der 68-jährige Dr. Dietrich Griener war für den Essener Staatsschutz kein Unbekannter: bereits im Juli 1992 wurde bei ihm in der Bocholder Straße 166 eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Grund für diese Hausdurchsuchung war ein Ermittlungsverfahren wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Abzeichen. Damals war Griener mit einer Baskenmütze, an der sich das Abzeichen der Waffen-SS - der Totenkopf - befand, an einem Flüchtlingswohnheim vorbeispaziert. Der Hausmeister informierte die Polizei. Bei einer weiteren Hausdurchsuchung im Jahre 1993 fanden die Ermittler ein maschinengeschriebenes Manuskript des **'Deutschen Manifestes'**, bei dem es sich um einen Vorläufer der endgültigen Version handeln dürfte. Anlaß für die damalige Hausdurchsuchung war jedoch ein anderer: In der näheren Umgebung seiner Wohnung waren rassistische Flugblätter und Aufkleber gefunden worden. Die Polizei kam zwar auf Grieners Spur, konnte ihm aber nichts nachweisen.

Erneut auffällig wurde Griener, als er Ende 1994 bei einer Druckerei in Essen versuchte, das 84-seitige 'Deutsche Manifest' in einer Auflage von 10.000 Stück drucken zu lassen. Als eine Angestellte der Druckerei die Vorlage sah, lehnte sie sofort den Druck einer solchen Hetzschrift ab und informierte die Polizei. Auf einem Foto identifizierte sie Dr. Griener, so daß die Ermittlungen gegen ihn wieder aufgenommen wurden. Als Griener dann die Briefe an die Abgeordneten in einer anderen Firma drucken ließ, informierte diese ebenfalls die Polizei. Diese stellte ihn bei der Abholung der 2.700 Exemplare und durchsuchte seine Arbeitsräume in der Goldschmidtstraße in Essen. In den Räumen, die er sich mit mehreren Personen teilt, beschlagnahmten die Beamten einige Exemplare des 'Deutsche Manifestes', die sich in Grieners Besitz befanden. In seiner privaten Wohnung fand die Polizei weitere rechtsextremistische Devotionalien.

Die Staatsanwaltschaft forderte zwei Jahre Haft auf Bewährung sowie eine Geldstrafe von 15.000 Mark, da sie es als erwiesen ansah, daß Dr. Griener bei der Erstellung und Verbreitung der Hetzschrift mitgewirkt habe.

Das Manuskript, das 1993 bei ihm gefunden wurde, ist in vielen Passagen identisch mit dem im Frühjahr 1995 verbreiteten 'Deutschen Manifest'. In einem 1995 beschlagnahmten Exemplar befanden sich von Dr. Griener angefertigte Korrekturen. Genau diese Korrekturen waren in den später verbreiteten Pamphleten berücksichtigt worden. Zu guter letzt wurden in den Notizbüchern des SS-Offiziers Eintragungen gefunden, die bis auf das kleinste Detail im 'Deutschen Manifest' enthalten sind.

Griener ist ein Altnazi: Mit 17 Jahren meldete er sich als Freiwilliger zur Waffen-SS. Seinen mörderischen Dienst leistete er bei der 3. SS-Kavalleriedivision. Zu einer seiner 'Heldentaten' zählte unter anderem die Niederschlagung des Aufstandes der polnischen WiderstandskämpferInnen in Warschau. Ein Jahr später wurde er für seine mörderischen Taten belohnt und an 'Führers Geburtstag' 1945 zum Untersturmbannführer befördert. Nach dem Tag der militärischen Befreiung vom Hitlerfaschismus legte er seine SS-Uniform ab und schlug sich in einer Wehrmachtsuniform von Tschechien in die Sowjetunion durch. Von dort kehrte er 1946, aus russischer Gefangenschaft entlassen, nach Deutschland zurück. Nach seiner Pensionierung vor zehn Jahren widmete er sich nach eigenen



Walter Ochensberger (Foto aus 'Drahtzieher im braunen Netz)

Angaben intensiv dem 'Deutschen Volkstum'. Seitdem steht er in engem Kontakt zu weiteren ehemaligen Mitgliedern der verbrecherischen Waffen-SS. Voller Hingabe schrieb er dem Verbrecher und ehemaligen SS-Offizier **Otto Ernst Remer**. In einem Brief an ihn heißt es: *"Juden sind meine Feinde"*. Weiter heißt es über die in der BRD lebenden MigrantInnen: *"6 Millionen Menschen, die als Parasiten bei uns leben* ... (sind) ... *eher schon der Abschaum"*. Mit dem ehemaligen SS-Offizier und ehemaligen Anführer des rechtsextremistischen Wanderkabaretts, **Gerd Knabe**, ist er seit Anfang 95 per Du. Dieser hatte auch wahrscheinlich bei der Herstellung des 'Deutschen Manifestes' seine Finger im Spiel. Den österreichischen Rechtsextremisten und Herausgeber der Postille **'Sieg'**, **Walter Ochensberger**, unterstützte Griener finanziell im Kampf gegen die Justiz. Aber auch Personen wie **Prof. Dr. Ernst Nolte** schrieb er. Mit ihm diskutierte er in einem Brief über den Holocaust.

Trotz all dieser Tatsachen besaß Griener noch die Frechheit, sich als *"Freund von Juden und Ausländern"* zu bezeichnen und seine absolute Unschuld zu beteuern. Die Dortmunder Staatsschutzkammer unter Vorsitz von Richter **Manfred Reichel** folgte dem Antrag der Staatsanwaltschaft und verurteilte Griener zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe sowie 15.000 DM Geldbuße, davon 10.000 DM zahlbar an **'terres des hommes'**.

Charakteristik der 'Gesellschaft für freie Publizistik' (GFP) und ihrer Aktivitäten in Ostwestfalen

Gegründet wurde die GFP, die lt. Verfassungsschutzbericht größte Kulturorganisation des neofaschistischen Lagers, am 25.9.1960 in Frankfurt/M unter der Leitung des ehemaligen stellvertretenden Pressechefs der **NSDAP**, **Helmut Sündermann**. Wer in der GFP zusammenkam, läßt sich an der folgenden Aufzählung erkennen: **Herbert Böhme**, ehem. stellv. NS-Reichspressechef, der ehem. Reichsbankpräsident **Hjalmar Schacht**, der Germanenmystiker **Erwin Guido Kolbenheyer**, der ehem. Schriftleiter des **'Völkischen Beobachters'** und jetzige Leitartikler des Bielefelder Westfalen Blattes **Kurt Ziesel**.

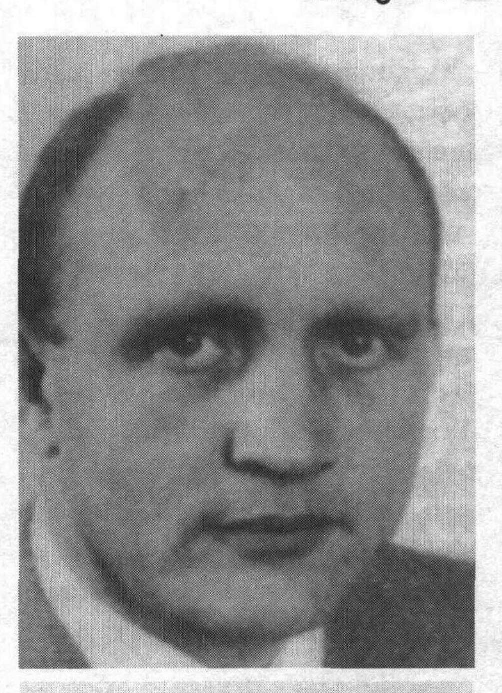
Zu Beginn ihrer Tätigkeit hatte sie sich zum Ziel gesetzt, faschistischen und neofaschistischen Publizisten ein Forum für ihre Tätigkeit zu verschaffen und ihnen in juristischen Fragen unter die Arme zu greifen. Diese Ausrichtung als Hilfsorganisation von faschistischen Autoren spiegelte sich in der Mitgliederstruktur der GFP. Gut 2/3 der Mitglieder waren im publizistischen Sektor tätig.

Ab Mitte der siebziger Jahre orientierte sich die GFP neu. Ziel war es nun, vordringlich geschichtsrevisionistische Thesen, z.B. zur Kriegsschuld Deutschlands am II.Weltkrieg, an ihr Publikum zu bringen. Zu diesem Zweck startete sie eine Kongreßreihe, in deren Verlauf Personen des neofaschistischen Lagers, wie **David Irving, Adolf von Thadden** (ehem. **NPD**-Vorsitzender), **Emil Schlee** (ehem. Landesvorsitzender **REP**-Schleswig-Holstein) und eher der Braunzone zwischen Konservatismus und Neofaschismus zuzurechnende Personen wie der ehem. Ordinarius für Politikwissenschaften an der Uni Bochum, Prof. **Bernhard Willms** oder der Soziologe **Robert Hepp** auftraten. Weiter ließ sich in den siebziger Jahren erkennen, daß die GFP sich für 'neue' oder besser 'neu wiederbelebte' Strömungen des Neofaschismus öffnete, so für **Karl Höffkes**, der zeitweilig Vorstandsmitglied der GFP wurde und politisch der Zeitschrift **'Wir Selbst'** nahestand und damit einem der beiden nationalrevolutionären Flügel der sog. 'Neuen Rechten' zuzurechnen war.

Ab Ende der 80er Jahre erneuerte die GFP nochmals ihr Programm und ihre Inhalte. Geschichtsrevisionistische Thesen galt es nun nach einem Vorstandsbeschluß von 1988 *"mit dem Geschehen der Gegenwart und der Erwartung für die Zukunft zu verknüpfen."* Das Schlagwort vom 'Ende der Nachkriegszeit' kennzeichnet diesen Wandel. Inhaltlich geht es um die Neubestimmung der außenpolitischen Rolle und der inneren Verfassung Deutschlands. In diese Richtung zielte auch bereits der Kasseler GFP-Kongress von 1986 unter dem Motto: *"Das Ende aller Freiheit - der Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbehauptung"*. Daß die GFP-Kongresse nun auch die Funktion haben, Brücken hinweg über die scheinbare Zersplitterung im rechten Lager zu schlagen, wurde an der Auswahl der Vortragenden deutlich. **Michael Fiedler** (NPD und **Studentenbund Schlesien**), der sich als Anti-Antifaschist einen Namen gemacht hatte, referierte hier neben seinem NPD-Kollegen **H.J. Andel**. Ihnen standen **Emil Schlee**, damals noch REP, und **Bernhard Willms** zur Seite. Die Verbindung zum österreichischen Neofaschismus verdeutlichte die Einladung des Aktivisten der **FPÖ** und der **'Österreichischen Landsmannschaft', Otto Scrinzi**.

Die GFP in Ostwestfalen-Lippe

Die Aktivitäten der GFP in Ostwestfalen-Lippe verdeutlichen die verbindende Funktion dieser Gesellschaft für das neofaschistischen Lager. So konnte die in Ostwestfalen aus 13 Aktivisten des engeren Umfelds bestehende GFP (unter der Führung der



Der Vorsitzende der GFP: Dr. Rolf Kosiek

Die tiefe Einbindung der GFP ins neofaschistische Spektrum läßt sich an den Verbindungen ablesen, die die Aktivisten der GFP pflegen. Als Beispiel sollen hier die Verbindungen des 1934 im westfälischen Herford geborenen derzeitigen Vorsitzenden der GFP, Rolf Kosiek, dienen.

Kosiek ist ein Multifunktionär des bundesdeutschen Neofaschismus. Sein ehemals großes politisches Engagement in der NPD brachte ihm den Ruf eines 'Chefideologen' der NPD ein. Schwerpunkt seiner derzeitigen Tätigkeit sind diverse kulturelle Organisationen des bundesdeutschen Neofaschismus, wobei insbesondere seine Funktion als Vorsitzender der 'Gesellschaft für freie Publizistik' - der größten Kulturorganisation des bundesdeutschen Neofaschismus - und seine wissenschaftliche Mitarbeit im 'Grabert-Verlag' ihn dazu prädestinieren, eine verbindende Funktion für die Spektren des Neofaschismus in der BRD und Österreichs auszufüllen.

Ein eindeutiger thematischer Schwerpunkt ist in Kosieks Tätigkeit nicht auszumachen. Vielmehr ist sein Engagement breit gestreut. Es reicht vom ultra-revanchistischen 'Witikobund', mit dessen Vorsitzenden Walter Staffa ihm nicht nur der gleiche Wohnort, sondern auch eine gemeinsame

Tätigkeit im 'Deutschen Seminar' verbindet, bis zur extrem rassistischen 'Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung' des Nazianwaltes Jürgen Rieger.
Die aktuellen Funktionen des Doktors der Kernphysik Rolf Kosiek aus Nürtingen sind:

- Vorsitzender der 'Gesellschaft für freie Publizistik'
- Leitung des dem Grabert-Verlag angegliederten 'Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte'
- Führung des 'Arbeitskreises Südost'
- Verantwortlich für den Inhalt des 'Freien Forums', Zeitschrift der 'Gesellschaft für freie Publizistik'
- Mitglied im sogenannten 'wissenschaftlichen Beirat' der 'Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung'
- 'Wissenschaftlicher Mitarbeiter' des 'Grabert-Verlages'

Sein politischer Lebenslauf läßt erkennen, daß Kosiek es nicht allein bei publizistischer Tätigkeit bewenden läßt:

68-72: NPD-MdL in Baden-Würtemberg
71: NPD-Kreisvorsitzender in Heidelberg
72: Wiederwahl zum NPD-Kreisvorsitzenden, NPD Bundestagskandidat in Heidelberg
72-80: Dozent an der FH Nürtingen
73: Mitglied des NPD-Bundesvorstandes. Wird Vorsitzender der 'Deutschen Gesellschaft für Erbgesundheitspflege'.
74: Mitarbeiter der 'Neuen Anthropologie'
76: NPD-Bundestagskandidat
77: - Stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg.
- Mitglied des NPD-Bundesvorstandes
- Mitwirkender an der 1. Gästewoche des DKEG-Österreich
79: Endgültige Ablehnung der Übernahme Kosieks in das Beamtenverhältnis durch das Bundesverwaltungsgericht.
80: - Kündigung und Nichtzulassung als Hochschullehrer.

ehemaligen Polizeikommissarin **Sigrid Schenk)** Referenten aus verschiedenen Bereichen ein Forum bieten.
In den letzten Jahren waren dies Dr. **Reinhard Hoffmann** (**'Witikobund'**), Dr. **Reinhard Oberlercher**, Generalleutnant a.D. **Uhle Wettler** (in seiner letzten Funktion Kommandant der NATO-Verteidigungsakademie in Rom), der Geschichtsrevisionist und Auschwitzleugner **Udo Walendy** und der Bundesvorsitzende der **'Deutschen Liga für Volk und Heimat' (DL)**, **Harald Neubauer**. Daß die GFP-Ostwestfalen-Lippe dazu in der Lage ist, die verschiedenen Bereiche des Neofaschismus in der Region zu verbinden, findet seinen Ausdruck in der Zusammensetzung der Besucher.
In Ostwestfalen sind die Tagungen der GFP Treffpunkte der Faschisten quer durch alle Spektren. Zu den Besuchern der GFP-Veranstaltungen gehörten u.a. der ehemalige Anmelder der Heß-Gedenkmärsche, **Berthold Dinter** aus Rheda-Wiedenbrück, und **Heidrun Stallner** aus Minden, die für **Dietmar Munier** in der Region Kaliningrad als Deutschlehrerin unterwegs ist und sich in der Zeitschrift **'Der Spiegel'** noch als *"Lebenskünstlerin"* fernab jedes neofaschistischen Engagements darstellen konnte. Auch der ebenfalls in der Region Kaliningrad aktive Dr. **Rigolf Hennig** aus Verden a. d. Aller, Vorsitzender der DL Niedersachsen und selbsternannter Präsident der Exilregierung eines 'Freistaates Preußen' gab der GFP die Ehre seines Besuches.
Aus dem Spektrum des militanten Neofaschismus folgten der Bielefelder **Meinhard Otto Elbing,** ehemaliger Aktivist der **'Nationalistischen Front' (NF)** und der DL, ebenso dem Ruf der GFP wie **Jens Krusenotto** (ehem. **FAP**), der 1988 am Überfall auf das Göttinger Jugendzentrum teilnahm. Weiter waren der Ex-Aktivist der **'Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationaler Aktivisten' (ANS/NA)** und der NF, **Peter Fröhlich** aus Bielefeld, der ehemalige zweite Vorsitzende der NF, **Matthias Schwier,** und die Bonehead-Faschistin **Cornelia Kütemeyer** (mit Kontakten zum **'Ku-Klux-Klan'** und zum **'DKEG')** BesucherInnen von GFP-Veranstaltungen in Ostwestfalen-Lippe.
Selbst der greise **Werner Georg Haverbeck**, Schlüsselfigur des ökofaschistischen Spektrums aus dem **'Collegium Humanum Vlotho'** , stattete der GFP seinen Besuch ab. Begleitet wurde er von einer Gruppe junger Neofaschisten, die sich offensichtlich anschicken, einen Teil seines politischen Erbes anzutreten. In dieser Gruppe: der Vlothoer **Ralf Steinke**, der im Collegium seine Karriere als Hausmeister begann, nun aber auch mit Koordinierungsaufgaben



Der greise Werner Georg Haverbeck und sein Gefolge: eine Gruppe junger Neofaschisten aus Dresden und seine rechte Hand Ralf Steinke

betraut wird. Ebenso im Gefolge Haverbecks: eine Gruppe junger Neofaschisten aus Dresden, die sich um die Zeitschrift **'Zeitenwende'**, einer neuheidnischen, auf ein junges Publikum zugeschnittenen Publikation des Dresdeners **Sven Henkler**, gruppieren.

Antifaschistischer Widerstand gegen die GFP in Ostwestfalen-Lippe

Daß ein solches Zusammentreffen von alten und jungen, ideologisch und auf der Straße arbeitenden Neofaschisten verhindert werden muß, rief AntifaschistInnen aus Ostwestfalen-Lippe auf den Plan.
Bereits 1993 wurde die Veranstaltungsreihe der GFP mit dem Witikonen **Reinhard Hoffmann** teilweise verhindert. Damals verglich die GFP in ihrer Publikation **'Das Freie Forum'** die AntifaschistInnen mit den OMON-Truppen des russischen Innenministeriums, deren deutsche Ableger u.a. die Antifa sei.
Für den 20.1.1996 hatte die GFP zu einer Tagung mit dem Bundesvorsitzenden der **'Deutschen Liga für Volk und Heimat'**, **Harald Neubauer**, geladen. Ort des Geschehens sollte der **'Kaiserhof'** in Porta Westfalica bei Minden sein. Ein geschichtsträchtiger Ort, nicht allein, weil dieses Hotel in unmittelbarer Nähe des Kaiser-Wilhelm-Denkmals liegt, wo dem deutschen Reichsgedanken weiter gehuldigt wird, als seien von diesem Deutschland nicht zwei Weltkriege ausgegangen, sondern auch, weil im 'Kaiserhof' in den letzten Monaten des zweiten Weltkrieges die SS logierte. Die SS betrieb hier ein Außenlager des KZ Neuengamme. Sie folterte und ermordete hier Häftlinge unter anderem, indem sie sie an einem Kronleuchter im 'Kaiserhof' erhängte.
Wenn sich an einem solchen Ort eine Organisation wie die GFP treffen will, deren agitatorischer Schwerpunkt auf Geschichtsrevisionismus, also Leugnung des in den KZs des deutschen Faschismus begangenen industriellen Massenmordes, und auf Leugnung der Kriegsschuld Deutschlands liegt, dann stellt dies schon eine besondere Provokation dar. Zuvor hatte die GFP bereits mindestens zwei Veranstaltungen in den Räumen des 'Kaiserhofes' durchführen können. Referenten waren hier **Reinhold Oberlercher**, der sein 100 Tage-Programm zur Machtergreifung vorstellte, und der Generalleutnant a.D. **Uhle-Wettler**.
Die Provokation einer erneuten Tagung der GFP im 'Kaiserhof' wollten sich ca. 150 AntifaschistInnen am 20.1.96 nicht mehr bieten lassen und blockierten vor Beginn der Tagung die Zufahrten und Eingänge des Tagungsortes. Nachdem die Polizei zunächst nur mit schwachen Kräften vor Ort war - sie wurde von der Aktion der AntifaschistInnen sichtlich überrascht - traf nach anderthalb Stunden Verstärkung in Form einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei ein. Da es der Polizei aber bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen war, den Tagungsteilnehmern Zutritt zum Hotel zu verschaffen und sich somit die Organisatorin der Veranstaltung, die ehemalige Mindener Polizeikommissarin **Sigrid Schenk** gezwungen sah, die Tagung abzusagen, wurde von der Hundertschaft kein Versuch unternommen, den Weg für die Faschisten freizuprügeln. Allein nach Abschluß der Blockade wurden die AntifaschistInnen für kurze Zeit auf einer Weserbrücke eingekesselt, weil eine für die farbliche Umgestaltung der Kaiserhoffassade verantwortliche Person ermittelt werden sollte, was jedoch nicht gelang.

Diese gelungene Aktion wird für die AntifaschistInnen aus Ostwestfalen-Lippe Ansporn sein, auch in Zukunft den Veranstaltungen der GFP ein besonderes Augenmerk zu widmen.

- Wird mit der 'Ulrich-von Hutten-Medaille' der GfP ausgezeichnet.
- Mitwirkender an der 4. Gästewoche des DKEG-Österreich

ab 81: 'Wissenschaftlicher Mitarbeiter' im 'Grabert-Verlag'
82: Mitwirkender an der 5. Gästewoche des DKEG-Österreich
84: Referent auf DESG-Seminar ("Zur Bilanz der Grünen Bewegung")
85: Mitwirkender an der 9. Gästewoche des DKEG-Österreich
ab 86: Vortragstätigkeit für das 'Deutsche Seminar' Stuttgart/München
89: Mitwirkender an der 13. Gästewoche des DKEG-Österreich
90: Referent auf dem 27. Treffen des 'Vereins Dichterstein Offenhausen' (Österreich)
92: Wahl zum Vorsitzenden der 'Gesellschaft für freie Publizistik'
94: Referent für das DKEG
95: Vortrag während der 'Hetendorfer Tagungswoche'

Weiter ist (resp. war) Kosiek Autor u.a. in:

- 'Junges Forum' der DESG
- 'Unabhängige Nachrichten' der 'Unabhängigen Freundeskreise'
- 'Sieg'
- 'Deutsche Rundschau'
- 'Deutschland in Geschichte und Gegenwart'
- 'Mitteilungen des Freundeskreises der Stiftung Soziales Friedenswerk zur Förderung begabter Jugend/ Stiftung soziales Friedenswerk' (Österreich)
- 'Deutsche Annalen, Jahrbuch des Nationalgeschehens'
- den ultra-revanchistschen Sammelbänden 'Der Völkermord an den Deutschen - 50 Jahre Vertreibung' u. 'Hellmut Diwald - Sein Vermächtnis für Deutschland'
- 'Nation Europa'

Wenn auch selbst weder Vertriebener noch Sudetendeutscher, ist Kosiek doch Mitglied des völkischen Elitezirkels in der 'Sudetendeutschen Landsmannschaft', dem 'Witikobund', durch den er Verbindungen quasi in alle Lager des Neofaschismus besitzt.

Rechtsextremistische Bundesbildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung ist durch Ihren Leiter Dr. Günter Reichert und die Autorenauswahl ihrer Publikationen ins Gerede gekommen. Die Bundesregierung wiegelt in ihren Antworten zu kleinen Anfragen der Grünen und der PDS ab.

In der Zeitung der Bundeszentrale **'Das Parlament'** erschienen im letzten Jahr mehrfach Artikel von Autoren der 'Neuen Rechten'. Die Doppelnummer 45/46 wurde sogar vom Kreis um **Rainer Zitelmann** im Alleingang verfaßt.

Folgende Autoren finden sich in dieser Ausgabe:
Ansgar Graw, u.a. Autor in **'Junge Freiheit'**, **'Mut'**, **'Criticon'**, **'Ostpreußenblatt'** und der verantwortliche Redakteur für die Doppelnummer 'Das Parlament' 45/46
Hans Eschbach, u.a. Autor in 'Criticon'
Gunnar Sohn, u.a. Autor in 'Criticon' und 'Junge Freiheit'
Karlheinz Weißmann, u.a. Autor in 'Criticon' und Verfasser des Buches 'Rückruf in die Geschichte', Referent im **'Studienzentrum Weikersheim'**
Herbert Ammon, u.a. Autor in **'Wir selbst'**
Uwe Greve, u.a. Autor in 'Junge Freiheit', 'Ostpreußenblatt' und 'Criticon'
Wolfgang Templin, ex-DDR-Bürgerrechtler, Autor in 'Die selbstbewußte Nation' und Unterzeichner des 'Berliner Appells'

Der Präsident der Bundeszentrale, **Reichert**, selbst ist Bundesbruder in der **'Deutschen Gildenschaft'**, einer Gemeinschaft innerhalb der Burschenschaften, die am Aufbau der neurechten Wochenzeitung 'Junge Freiheit' maßgeblich beteiligt war. Reichert, einstiger Büro-Chef von CDU-Rechtsaußen **Alfred Dregger**, steht seit dem 1.8.92 der 'Bundeszentrale für politische Bildung' vor. In der Reihe 'Themen und Materialien für Journalisten' hat die Bundeszentrale den Band 'Geschichte' vorgelegt, der für Multiplikatoren Institute, Informationsdienste und Archive empfiehlt. Dort wird unter anderen auch für die **'Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt' (ZFI)** mit dem Themenschwerpunkt 'Nationalsozialismus und Vertreibung' geworben. Der ZFI-Vorsitzende **Schickel** tritt in ultrarechten Publikationen wie 'Junge Freiheit', **'Der Schlesier'**, 'Europa vorn', 'Criticon' und **'Deutschland in Geschichte und Gegenwart'** auf und ist spätestens seit seinem 1981 in 'Criticon' erschienen Artikels *"Zur >Sinti< Frage. Merkwürdige Übertreibungen in der deutschen Zeitgeschichte"* einschlägig bekannt. Der Standpunkt der Bundesregierung bezüglich der Kritik im Zitat zusammengefaßt: *"Die Bundeszentrale für politische Bildung trägt zur Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus - neben anderen Maßnahmen - auch dadurch bei, das sie die öffentlichen Streitfragen in ihren Positionen nachzeichnet und die Leser dadurch anregt, Positionen innerhalb des breiten demokratischen Spektrums zu beziehen bzw. zu festigen'* und auf den Vorwurf der vielen rechten Autoren hin: *"Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, Schlußfolgerungen aus der Darlegung des Präsidenten ... zu ziehen, daß er Autoren der Wochenzeitung 'das Parlament' persönlich nicht kennt."* Damit tut sich ein weiteres Scharnier der 'Neuen Rechten' zu Konservativen aller Couleur und nun sogar zur politischen Meinungsbildung für Schulen, Medien und politisch interessierten Menschen auf.

AUFRUF

zur dezentralen Kampagne gegen die 6. Hetendorfer Tagungswoche.

Die 6. Hetendorfer Tagungswoche wird voraussichtlich vom 15. bis 23. Juni 1996 auf dem Gelände Hetendorf 13 (Lüneburger Heide) stattfinden. Um sie zu verhindern, rufen wir - das Bündnis gegen Rechts - zu dezentralen Aktionen in allen Städten und Regionen im Vorfeld auf. Ziel ist es, so viel Druck gegen die ReferentInnen, TeilnehmerInnen und eingeladenen Organisationen aufzubauen, daß die Hetendrofer Tagungswoche abgesagt wird.

Wenn Ihr mehr Informationen haben wollt, wendet Euch bitte an das

Bündnis gegen Rechts

c/o Initiative gegen Hetendorf 13
Kornstr. 28/30
30167 Hannover
Fax: 0511/1616711
Konto: Info-Treff, Stichwort: 1995,
Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr.: 384862-302

Er kann's nicht lassen

Der ehemalige Bochumer Oberstaatsanwalt **Karl Lucks** (67), der 1994 für die **'Republikaner'** zur Bundestagswahl antrat und deswegen drei Wochen vor seiner anstehenden Pensionierung noch suspendiert wurde, ist wieder auf den Brettern, die den Rechtsstaat bedeuten, zu finden.
Diesmal jedoch nicht als Anwalt des Staates, sondern als Verteidiger. Sein neuer Arbeitsplatz befindet sich in der Gelsenkirchener Kanzlei der ebenfalls pensionierten Richterin des Bochumer Landgerichts, **Eleonore Menzel**. (WAZ, 9.9.'95)


Christian Patzelt (2.v.r.), Freikorps

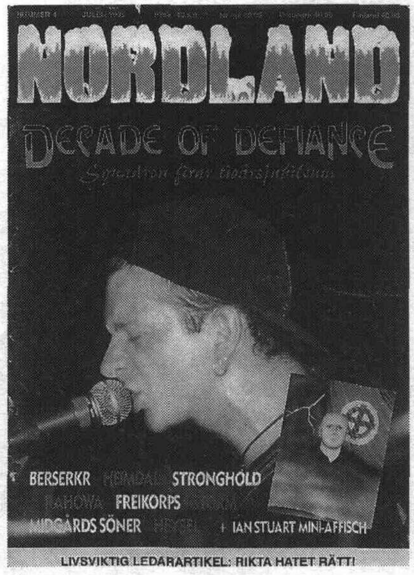


Papalekas und das Gedächtnis der WAZ - Friede ihrer Asche

Der langjährige Bochumer Soziologieprofessor **Johannes Papalekas** starb im Januar diesen Jahres. Die WAZ widmete ihm posthum am 25. Januar einen Nachruf. Dezent heißt es in diesem Nachruf: *"J. Papalekas, der vor Jahren aufgrund seiner Theorien Studenten gegen sich aufbrachte,... ."*
Daß die WAZ noch nie zu den VertreterInnen des Slogans 'Unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren' gehörte, ist bekannt. Daß sie aber verschweigt, daß Papalekas aufgrund seiner faschistischen Einstellung StudentInnen gegen sich aufbrachte, macht sie zur unkritischen Schleppenträgerin solcher Talarträger.
(Literatur über Papalekas: Der gewöhnliche Faschismus an einer westdeutschen Universität*; J.Agnoli, Ch.Sigrist, u.a.; Universitätsverlag Bochum)*

Excalibur Records - Unbelehrbar

Die beiden Betreiber des Bochumer Nazi-Musik-Vertriebs **'Excalibur Records'**, **Peter Kreß** und **Christian Patzelt**, sind anscheinend nicht zu belehren. Obwohl beide am 21.9.1995 zu Freiheitsstrafen von je über einem Jahr ohne Bewährung wegen ihres 'Gewerbes' verurteilt wurden, war 'Excalibur Records' mit seinem Sortiment auf dem Konzert der schwedischen Naziband **'Ultima Thule'** am 22.2.1996 in Dresden vertreten.
Vermutlich ein 'Muß' für die beiden; konnten sie doch hier ihre in- und ausländischen Kontakte pflegen. Reichlich Kontakte pflegt 'Excalibur Records' nach Italien, USA und Schweden. In dem Nazi-Skin-Magazin **'Assalto Sonoro'** aus Mailand finden sie sich neben **'Freikorps'** aus Reinfeld als Interviewpartner wieder.
Auch in dem von dem terroristischen **'VAM/Storm'** - Netzwerk aus Schweden herausgegebenen Hochglanzmagazin **'Nordland'** Nr.4 findet sich ein Bericht über 'Freikorps'. Dieser Bericht wird garniert mit zwei Fotos von 'Freikorps' auf einer US-Tournee. Das eine zeigt die posierende Skinband mit großkalibrigen Waffen, mittendrin der ehemalige Zeitsoldat und 'Excalibur Recke', Christian Patzelt. Laut 'Nordland' ist dies ein Foto aus Detroit. In Detroit befindet sich auch der Sitz der Plattenfirma **'Resistance Records'**, die das vierfarbige Magazin **'Resistance'** herausgibt, das momentan wichtigste Organ der nordamerikanischen Nazi-Skins. So wundert es auch nicht, daß die Hausdurchsuchung bei 'Excalibur Records' 'Resistance' eine Meldung wert war.
Erwähnt sei hier noch die Verbreiterung des Konzeptes des 'führerlosen Widerstandes' der US-Nazis. Dies findet längst in Schweden seine Kopie in Form von Überfällen auf Polizeibehörden, Militärdepots und Banken seitens des 'VAM/Storm'-Netzwerks.
Vielleicht gibt es über gemeinsame braune Töne hinaus auch andere Formen der Zusammenarbeit. So erscheint (laut Antifa Info-Blatt Nr. 33) **Dirk Oliver Bollmann**, Security-Chef und Manager von 'Freikorps', auf einer Liste als Aktivist der terroristischen deutschen 'Werwolf'-Strukturen, deren Zellensystem dem *"leaderless resistance"*-Konzept der US-Nazis entspricht.



'Nordland'-Titel

Österreichischer Antisemit in Dortmund

"Weltkapitalismus - Dikatatur der Weltgeschichte", so das Thema, über das der österreichische Rechtsextremist und Vorsitzende der Gruppe **'Bürgerschutz Österreich' (BSÖ)**, **Peter Kurt Weiß**, am 13. Januar in Dortmund referieren wollte. Die in der **'Deutschen Stimme'** angekündigte und vom Dortmunder Kreisverband der NPD organisierte Versammlung wurde, wegen geplanter Störaktionen von AntifaschistInnen, durch die Polizei abgesagt. In Köln, einer weiteren Station seiner Deutschlandtournee, referierte der ehemalige **FPÖ**-Funktionär Weiß zum Unkostenbeitrag von 20,-DM vor fünf ZuhörerInnen.

Eskorte für den Schönborn-Richter

Morddrohungen erhielt im Januar der Richter am Dortmunder Landgericht, **Reichel**, der jüngst den Kopf der verbotenen **'Nationalistischen Front'**, **Meinolf Schönborn**, für zwei Jahre und drei Monate hinter Gitter schickte.

Rechter Linker - linker Rechter ?

Rolf Stolz, ehemaliges Mitglied des SDS und Mitbegründer der **Grünen**, war der eingeladene Referent der **'Dortmunder Auslandsgesellschaft'** am 22.Januar zum Thema: 'Die Mullahs am Rhein - Der Vormarsch des Islam in Europa'. Stolz war 1985 der Sprecher der nationalrevolutionären **'Linken Deutschland Diskussion'** und referierte 1993 beim rechten **'Studienzentrum Weikersheim'**. Was er dort von sich gab, bedarf keiner Kommentierung: *"Die Demagogen und Profiteure, die um ihrer eigenen ökonomischen Vorteile willen Menschen aus fremden Kulturkreisen nach Europa locken, sind verantwortlich für ein gigantisches Verbrechen: für den Raub der Heimat, der Identität, für Entwurzelung und Überfremdung bei denen, die kommen, die hier schon leben."*

SS-Siggi

Daß das Verbot der **FAP** die Funktionäre derselben nicht sonderlich beeindruckt hat, zeigt die Teilnahme des ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der inzwischen verbotenen Partei, **Siegfried Borchardt**, am Jahrestreffen der **'Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige' (HNG)** in Bad Dürkheim.



Siegfried Borchardt (1.v.l.)

Grabenkrieg

In die Schlagzeilen der Sparte 'rechte Grabenkriege' geriet jüngst das Organ des **NPD** Kreisverbandes, **'Dortmunder Stimmen'**, und deren Herausgeber und Kreisverbandsvorsitzender **Horst Rosenow**. Zum Auslöser der folgenden juristischen Auseinandersetzungen wurde eine Karikatur, die erstmalig und im Auftrag der neurechten Wochenzeitung **'Junge Freiheit'** erschien. Diese wurde von einer anderen Zeitung aus dem faschistischen Spektrum namens **'Europa Vorn'** kopiert. Deren Herausgeber, **Manfred Rouhs**, berief sich jedoch auf das Einverständnis des Dortmunder Verlegers, der es wohl mit dem Copyright nicht so genau nimmt.

Runder Tisch NRW

Runde Tische wirken inzwischen auch bis nach Dortmund. So wurde der Hardliner unter den Dortmunder **'Republikanern'**, **Max Branghofer**, nun zum Autor im **'Forum Bündnis Deutschland'**, dem Organ des **'Förderkreis Bündnis Deutschland/ Runder Tisch NRW'**, welches in 6.000er Auflage verschickt wurde.

Rechte Schläger in Düsseldorf verurteilt

Am 4. März 1996 mußten sich die Düsseldorfer **Wolfgang Ehrentraut**, **Stefan Müller** und **Sascha Robeck** vor dem Amtsgericht verantworten. Sie hatten im März 1995 im Düsseldorfer Stadtteil Garath einen Studenten aus der Ukraine zunächst mit rassistischen Sprüchen beschimpft und ihn dann brutal zusammengeschlagen. Das Opfer erlitt u.a. eine schwere Gehirnerschütterung, mußte zehn Tage stationär behandelt werden und leidet noch heute an den Folgen des Angriffes. Von Seiten der drei Angeklagten wurde der Angriff zwar zugegeben, nicht aber ein rassistischer Hintergrund. Man habe *"nur aus Wut draufgehauen"*, weil das Opfer ihnen den 'Stinkefinger' gezeigt habe. Diese Version dürfte wohl kaum in Einklang mit dem Spruch eines der drei Angeklagten zu bringen sein, den dieser beim Eintreffen der Polizei losließ: *"Alle Ausländer sollten vergast werden!"* Mit dieser Äußerung handelte er sich zusätzlich eine Anklage wegen *"Störung der öffentlichen Ordnung"* ein, die aber vor Gericht wieder fallengelassen wurde. Begründung: Die Äußerung sei nicht in einer Lautstärke getätigt worden, die für eine *"Störung der öffentlichen Ordnung"* nötig gewesen wäre (!).
Die Richterin verurteilte alle drei zu Bewährungsstrafen. Ein Angeklagter erhielt vier Monate und eine Woche, ein weiterer vier Monate und der letzte des rassistischen Trios acht Monate, wobei hier weitere Straftaten verrechnet wurden.

Antifaschist verurteilt

Am 14.2.1996 mußte sich ein Antifaschist aus Düsseldorf vor dem Amtsgericht Rotenburg a.d. Fulda den Anklagepunkten "*Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte*", "*Verstoß gegen das Vermummungsverbot*" und "*gefährliche Körperverletzung*" stellen. Er hatte am 19.11.1994 an einer Demonstration in Rotenburg teilgenommen. Anlaß der Demonstration war der Tod des Antifaschisten **Piotr Kania**, der von einem Bundeswehrsoldaten erstochen wurde. Der Täter trug ein T-Shirt mit einer Reichskriegsflagge und war unschwer als rechter Skinhead zu erkennen.

Nach Beendigung der Demonstration, die durch starke Polizeikräfte "begleitet" und ständig provoziert wurde, kam es zu einer von insgesamt drei Festnahmen. Dabei habe nach Polizeiaussagen ein Bereitschaftspolizist den Angeklagten mit den Worten "*Stehenbleiben! Polizei!*" von hinten an die Schulter gefaßt, worauf sich dieser angeblich wehrte. Grund der Festnahme soll laut Polizeizeugen das Abschießen pyrotechnischer Munition gewesen sein.

Keiner der Zeugen war allerdings in der Lage, den angeklagten Antifaschisten als denjenigen zu identifizieren, der die Munition abgeschossen hatte. Ebensowenig waren die Zeugen in der Lage, glaubhaft zu machen, daß der Angeklagte mitbekommen hatte, daß ein Polizeibeamter hinter ihm stand. In allen Anklagepunkten wurde er aber trotz diverser Widersprüche in den Aussagen der Zeugen schuldig gesprochen und zu 75 Tagessätzen à 30,- DM (= 2.250 DM) verurteilt. Das Gericht sah es u.a. als erwiesen an, daß sich der Antifaschist bei der Festnahme gewehrt (ein Polizist habe angeblich Schmerzen verspürt) und durch diese Widerstandshandlung indirekt auch andere DemoteilnehmerInnen zu strafbaren Handlungen aufgefordert hatte, derer man nicht habhaft werden konnte. Die Staatsanwaltschaft hatte gar 4½ Monate Freiheitsstrafe plus 1.000,- DM Geldstrafe gefordert.

Am Ende des Prozesses stellte sich heraus, daß der Antifaschist durch denselben Richter verurteilt worden war, der dem o.g. Bundeswehrsoldaten Notwehr zugestanden und ihn freigesprochen hatte. Der Richter ließ es sich nicht nehmen, nach der Urteilsverkündung noch einen längeren Vortrag über die Demonstration und seine Sicht der Umstände, unter denen Piotr Kania zu Tode gekommen war, zu halten. Danach ergibt sich folgendes Bild: Der besagte Bundeswehrsoldat sei nie und nimmer ein Rechtsradikaler gewesen. Er habe sich -wie viele andere- die Haare nur abgeschnitten um aufzufallen. Darüber hinaus habe er das Messer nur deshalb dabeigehabt, weil ihm Bekannte vorher erzählt hätten, daß Rotenburg ein besonders gefährliches Pflaster sei. Piotr Kania habe ihn (und vier andere Soldaten!) verfolgt und von hinten an die Schulter gefaßt. Voller Panik und in Notwehr habe er darauf hin das Messer gezogen, sich herumgedreht und Piotr durch einen Messerstich ins Herz getötet.

Das alles wäre nach Auffassung des Gerichtes nicht passiert, wenn der "*polnische Aussiedler*" (Piotr) das "*schmächtige Kerlchen*" (den Bundeswehrsoldaten) einfach in Ruhe gelassen hätte. Ergo: Piotr Kania habe sich seinen Tod selbst zuzuschreiben. Linke hätten dann versucht, dem ganzen "*ein politisches Mäntelchen umzuhängen*" und bundesweit zu einer Demo mobilisiert, deren TeilnehmerInnen großteils (und wie so oft) überhaupt keine Kenntnisse über das Geschehene gehabt hätten. (Ohne Kommentar!)

Schulter an Schulter: Die 'Rheinische Post' und rechtsradikale Fälscher

Kurz nach dem Brand in dem Lübecker Flüchtlingsheim tauchte in Düsseldorf ein Flugblatt mit gefälschter Urheberschaft von **ANTIFA, PDS, DKP** u.a. auf, das unter zynischer Verhöhnung der Brandopfer zu einer "*Lichterkette*" aufrief. Darin heißt es: "*3 Skinheads wurden nach der Tat als Verdächtige festgenommen. Ob sie die Brandstifter waren, ist zwar noch nicht bewiesen, wir glauben aber, die Ausländerfeindlichkeit nimmt wieder zu. (...) Es sind die rechtsradikalen Politiker, die darauf hinweisen, daß Asylanten an der Kriminalität um ein vielfaches häufiger beteiligt sind als Deutsche, (...) daß mehr deutsche Frauen von Asylanten, teilweise zu Tode, vergewaltigt werden als Asylbewerber selbst Opfer werden (...). (...) Das wollen wir alles nicht hören!!!*"

U.a. wurde folgende Forderung in dem Flugblatt erhoben: "*Der deutsche Bundestag hat ein paar Stunden nach der Brandkatastrophe beschlossen, an Israel 2,3 Milliarden DM für die Opfer des Nazi-Terrors vor mehr als einem halben Jahrhundert zu zahlen. Wir fordern, daß Israel die dreifache Summe erhält.*"

Der übrige Text passt sich in etwa diesem Niveau an. Selbst die Düsseldorfer Polizei vermutete eine Fälschung und setzte sich mit den angeblichen AufruferInnen in Verbindung. Im Gegensatz zur konservativen Tageszeitung 'Rheinische Post', deren Chefredakteur **Joachim Sobotta** es sich nicht nehmen ließ, im überregionalen Leitkommentar auf Seite Zwei mit den 'Beschmutzern des deutschen Ansehens' abzurechnen. Damit waren aber weder die BrandstifterInnen noch die Schreiberlinge des widerlichen "*Aufrufes*" gemeint, sondern eine "*vereinigte Ultralinke in Düsseldorf - von PDS bis DKP, aber auch der Allgemeine Studentenausschuß der Uni - (...).*" Sobotta weiter: "*Kurze Haartracht plus Springerstiefel (...) genügten den 'antifaschistischen Mahnern', das schreckliche Geschehen in dem Asylbewerberheim richtig, nämlich rechts, einzuordnen.*" Das 'Ansehen Deutschlands' lag Sobotta wohl derart am Herzen, daß er das Flugblatt seiner LeserInnenschaft für bare Münze verkaufte. Oder hat ihn etwa seine 'Sorge um Deutschland' so blind gemacht, daß er das Flugblatt, das jedeR FünftklässlerIn als rassistischen und antisemitischen Unrat erkannt hätte, für authentisch hielt?

Mordversuch an Türkin

Am Abend des 9. April 1996 verletzte ein 16-jähriger Deutscher eine 53-jährige türkische Frau aus Essen schwer. Auf einer Rolltreppe am Viehhofer Platz brüllte er plötzlich *"Ausländer Raus"*, zückte ein Stilett, stach mehrfach auf die Frau ein und floh anschließend. Während zwei Libanesen einen Begleiter des Jungen festhielten, schaffte es die Frau gerade noch, sich einige Meter weit zu schleppen. Der angetrunkene 16-jährige Schüler wurde im Hauptbahnhof von Essen verhaftet. Auch nachdem er wieder nüchtern war, zeigte er nicht das geringste Bedauern über seine Tat (Quelle: WAZ 11.4.96). Nach Angaben der **'Antifaschistischen Nachrichten'** 9/96 unterhält der Täter Kontakte zu organisierten Faschisten.

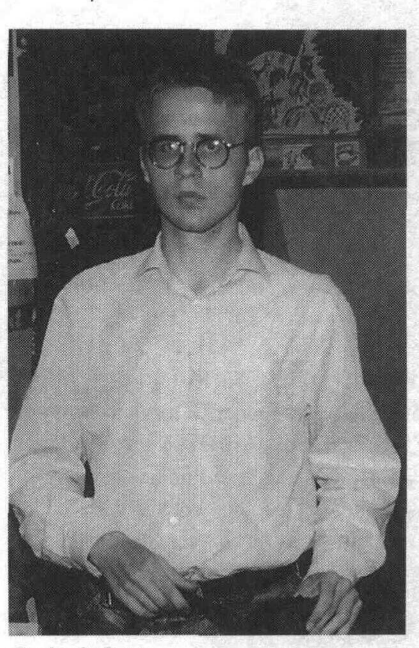
Faschistische Angriffe

Am Freitag, dem 15.12.1995, wurde der **'Roxy-Club'** in Essen von ca. 15 Personen aufgesucht, die durch ihr Äußeres in die Fascho-Skin/Hooligan-Ecke passen. Zunächst erfolgten nur Provokationen durch die Gruppe, dann wurden jedoch zwei Besucher brutal zusammengeschlagen. Selbst als diese am Boden lagen, traten die Täter weiter zu.
Am Dienstag, dem 21.12.1995, fand in der **'Zeche Carl'** in Essen ein Konzert der OI-Punk-Band **'The Business'** statt. Unter den 300 BesucherInnen befand sich eine Gruppe von 30-40 Nazi-Skins und einige **'Essener Löwen'**. Nach vier Liedern brach eine Schlägerei aus, an der sich ungefähr 20 Nazi-Skins beteiligten. Viele der beschriebenen Personen sind durch ihr aggressives und brutales Auftreten bei Konzerten bereits im ganzen Ruhrgebiet bekannt.
Am Samstag, dem 20.1.1996, wurde ein Skinhead mit einer dunkelroten Bomberjacke und einem **'Gau-Ruhr'**-Abzeichen im **'Nord'** entdeckt. Gegen 4.00 Uhr morgens war dann die Gruppe vom 15.12.1995 ebenfalls dort.
Von allen Personen geht aufgrund der hohen Gewaltbereitschaft und dem geschlosenen, gleichzeitigen Angriff eine große Gefahr aus.
Sowohl Zeche Carl, als auch Roxy und Nord sind Orte, die eigentlich eher von einem links-alternativen Publikum besucht werden. Nazis und Schläger haben weder dort noch anderswo etwas zu suchen. Wenn sie erkannt werden, müssen sie von den restlichen BesucherInnen isoliert werden. Von den BetreiberInnen aller öffentlichen Einrichtungen fordern wir eine große Aufmerksamkeit und Sensibilität und - falls Faschisten in ihre Räume gelangt sind - den sofortigen Rausschmiß.
(Liebe Essener AntifaschistInnen, bitte schickt uns doch eure Infos direkt, dann müssen wir eure Sachen nicht abtippen, wie z.B. hier aus dem Duisburger Zündstoff 4/96. Eure Antifa NRW Zeitung)

"Das wahre Gesicht der türkischen Faschisten"

Unter diesem Titel hat die **'Liste für die Freundschaft der Völker'** eine Dokumentation über die türkische faschistische Partei **MHP** und die **'Grauen Wölfe'** erstellt.In dieser Dokumentation wird nicht nur auf die aktuelle Situation in Essen eingegangen: In vielen aus den verschiedensten Zeitungen zusammengestellten Artikeln wird die Ideologie der MHP, ihre Geschichte und ihre Eingebundenheit in die türkische Regierung, deren Geheimdienste und Militär beleuchtet. Ebenso das Wirken der türkischen Faschisten in Deutschland.
Sehr lesenswert und zu bestellen bei: *'Liste für die Freiheit der Völker'; c/o Deutsch-Kurdischer Solidaritätsverein e.V. Essen, Weuenstr.22, 45143 Essen*

Anti-Antifa in Köln aktiv


Benjamin Oster

Seit Juli 1995 versucht der Neonazi **Benjamin Oster,** Ziegeleiweg 24 in 51149 Köln, systematisch die linke Szene Kölns auszuspionieren. Er besuchte verschiedene linke Treffpunkte, lief gezielt bei Veranstaltungen auf und versuchte, Kontakte zu knüpfen. Nachdem Oster zufällig enttarnt wurde, präsentierte sich dieser als Aussteiger, der bereits 1991 der rechten Szene den Rücken gekehrt habe. Nach eigenen Angaben war er 1989 bei den Kölner **'Republikanern'** aktiv. 1990 schloß er sich dann der **'Deutschen Alternative' (DA)** an und gehörte zur Anhängerschaft des mittlerweile verstorbenen Neonaziführers **Michael Kühnen**, in dessen Adressbuch Oster auftauchte. Doch schon kurz nach seinen Ausstiegs-Behauptungen zeigte sich, daß Oster keineswegs aus der rechtsradikalen Szene ausgestiegen ist. Seine neue politische Heimat ist die **'Deutsche Liga für Volk und Heimat' (DL)**, für die er 1995/96 mehrere Presseerklärungen als Verantwortlicher unterzeichnete. Bereits im Oktober hatte Oster die sogenannte **'Pulheimer Erklärung'**, die zur Einigung der extremen Rechten und zur Bildung sogenannter **'Runder Tische'** aufruft, unterzeichnet. Seit neuestem ist Oster auch Mitarbeiter in der vom DL-Funktionär **Manfred Rouhs** herausgegebenen Zeitschrift **'Europa Vorn'**. Schwerpunkt Osters Tätigkeit ist aber weiterhin die sogenannte Anti-Antifa-Arbeit, die er auch nach seiner Enttarnung systematisch weiter betreibt. Neben seinen 'Vor Ort'-Aktivitäten schreibt Oster auch unter seinem richtigen Namen und der Postfachadresse 210741 in 50532 Köln die verschiedensten Antifaschistischen Archive, Gruppen und Zeitungen an und versucht, an Informationen zu gelangen.

Rouhs wird heimatvertrieben

Nicht ganz freiwillig wird **Manfred Rouhs** (momentan noch Leostr. 41, 50823 Köln), Aktivist der Kölner **'Deutschen Liga für Volk und Heimat' (DL)** und Herausgeber der neofaschistischen Zeitschrift **'Europa Vorn'**, seine Wohnung wechseln. Flatterte ihm doch am 27.2.96 die fristlose Kündigung, u.a. wegen Wohnraumzweckentfremdung und Störung des Mietfriedens ins Haus. Der Vermieter begründet dies ausdrücklich mit den politischen Aktivitäten von Rouhs. So heißt es in der Kündigung: *"...nutzen Sie unbefugterweise Ihre Mietwohnung vertragswidrig als Büro und Anlaufstelle der rechtsradikalen Vereinigung 'Deutsche Liga' und geben offenbar von dort auch das rechtsradikale Blatt 'Europa Vorn' heraus, nach hier vorliegenden Informationen eine der führenden Nazi-Hetzschriften in Deutschland. ... Im übrigen führten Ihre rechtsextremistischen Aktivitäten auch wiederholt dazu, daß es im Haus zu Unruhe und Randale kommt, da von Ihrem sozialen Umfeld Ihre politischen Ansichten verständlicherweise nicht geteilt werden."*

Umgehend verschickte Rouhs daraufhin einen Bettelbrief an die LeserInnen von 'Europa Vorn', jammerte über seinen Vermieter und die hohen, jetzt anstehenden Prozeßkosten. Es drohe sogar das finanzielle Aus für 'Europa Vorn'. Laut Rouhs trafen aber bis Mitte April 6.000,-DM an Spenden ein, so daß sein Konto erstmal wieder aufgefüllt ist. Der anstehende, dritte unfreiwillige Umzug von 'Europa Vorn' (schon zweimal zuvor mußte Rouhs die auch von der DL genutzten Büros aufgrund antifaschistischer Proteste verlassen) wird hoffentlich nicht der letzte gewesen sein.

Junge Freiheit verklagt 'Europa Vorn'

Zu einem Treffen alter Bekannter wurde am 13.02.96 eine Gerichtsverhandlung in Hannover. Gegenstand der Klage der faschistischen Wochenzeitung **'Junge Freiheit' (JF)** gegen **'Europa Vorn' (EV)** war eine Schadensersatzforderung der JF. **Rouhs** hatte wohl mal wieder Probleme, die Seiten seiner Postille zu füllen und kopierte eine Karrikatur aus der JF. Der JF-Herausgeber **Dieter Stein**, vermutlich eh schon wütend über den vom EV-Autor **Hans Rustemeyer** (Ex-ÖDP, jetzt **REP**-Funktionär und Mitglied der faschistischen **'Unabhängigen Ökologen'**) verbreiteten Aufruf zum Boykott der JF, reichte nun Klage ein. Vor Gericht gab es dann nebenbei ein Ehemaligentreffen des neofaschistischen **'Ring freiheitlicher Studenten' (rfs)**. Sowohl Rouhs als auch dessen Anwalt **Markus Beisicht** (DL-Landesvorsitzender) waren langjährige Funktionäre dieses Verbandes. **Klaus Kunze** (der Rechtsanwalt der JF) REP-Mitglied, JF-Autor und 'Alter Herr' der **'Burschenschaft Germania Köln'**, gehörte sogar zu den Gründern des rfs. Auch mit Dieter Stein hat sich Rouhs schon mal besser vertragen, 1990 organisierten sie zusammen mit den Zeitschriften **'wir selbst'** und **'Zeitenwende'** einen Kongreß **'Initiative Deutschland 90'** in Koblenz. Auch bestand ein reger Anzeigen und Autorenaustausch zwischen JF und EV. Aber alte Freundschaften hin oder her: Rouhs muß nun 1000,- DM Geldstrafe und 650,- DM Prozeßkosten zahlen.

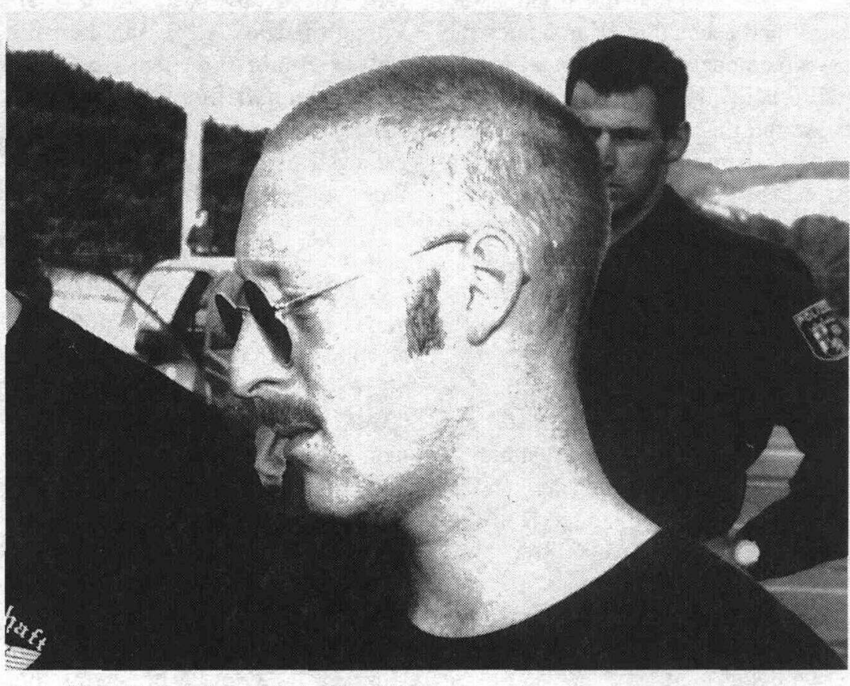
Razzia gegen die 'Kameradschaft Recklinghausen'

Am frühen Morgen des 16. Februars 1996 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Dortmund, unterstützt von der örtlichen Polizei, 23 Räumlichkeiten im Kreis Recklinghausen sowie ein Objekt in Lübbenau. Die Razzia galt der sogenannten **'Kameradschaft Recklinghausen'**, die seit dem Verbot der **FAP** im Raum Recklinghausen deren Erbe angetreten hat.

Diese neonazistische Organisation ist seit langem bekannt. Angeführt wird sie von dem in Oer-Erkenschwick wohnenden 27-jährigen **Dieter Riefling**, der sie mehrmals in das Licht der Öffentlichkeit rückte. So nahm 1995 eine Abordnung der Kameradschaft am **'Rudolf-Hess-Gedenkmarsch'** in Luxemburg teil.

Wenige Monate vorher, am 9. Juni 1995, versuchte Riefling zusammen mit **Robert Langnickel** (Landesvorsitzender der **'Deutschen Nationalisten'** NRW) und seiner Kameradschaft, eine Veranstaltung des **'Antifaschistischen Bundes'** in Wanne-Eickel zu sprengen. Damals meldete er sein Erscheinen mit einem Brief, der **Norbert Weidners** Namen trug, an.

Die in Herten und Umgebung zu den



Dieter Riefling (1.v.r.), Kameradschaft Recklinghausen

Kommunal- und Landtagswahlen angetretene **'Deutsche Liste'** ist ebenfalls in die 'Kameradschaft Recklinghausen' eingebunden. So wurden die meisten Wohnungen bei Mitgliedern der **'Deutschen Liste'** sowie die Räume des **'Mjölnir Verlags'** durchsucht. Dieser wird von dem Vorsitzenden der 'Deutschen Liste', dem 30-jährigen **Frank Reber,** geleitet.

Frank Reber wiederum ist kein Unbekannter in der rechten Szene. Erstmals trat er 1983 in Erscheinung, als er mit einem Kameraden eine Bombenattrappe baute und diese in den Briefkasten der jüdischen Kultusgemeinde von Recklinghausen legte. Zu dieser Zeit war Reber noch Mitglied der **'Jungen Union'** in Herten, aus der er erst Ende '83 austrat.

Im Juni 1986 gründet Frank Reber zusammen mit seinen Eltern, **Antonia** und **Karl Heinz Reber**, sowie dem **NPD**-Funktionär und späteren stellvertretenden NPD-Vorsitzenden von Recklinghausen, **Peter Adolf Weber**, den Verein **'Vestische Sportaktivisten e. V.'**, der 1994 ca. 22 Mitglieder hatte.

Am 20. Oktober 1993 kam es dann zu der Geschäftsgründung des 'Mjölnir Versand', an dem Reber und der Rechtsextremist **Frank Michael Maaß** jeweils zur Hälfte beteiligt sind.

Zuletzt trat Reber mit einem Teil seiner Kameraden während eines Prozesses gegen das Mitglied der 'Deutschen Liste' und ehemaligen Kandidaten für die Kommunalwahlen, **Uwe Jerosch**, in Erscheinung. Dieser war angeklagt, einen tamilischen Blumenverkäufer brutal und grundlos zusammengetreten zu haben. Seine Kameraden, die mit Reber anreisten,versuchten ihn zwar zu entlasten, was jedoch erfolglos blieb. Jerosch wurde zu einer Strafe von 3.000,- DM und einem Dauerarrest von zwei Wochen verurteilt.

Als der Staatsanwalt und die Nebenklage die 'Deutsche Liste' als rechtsextremistisch und ausländerfeindlich bezeichneten und deren Nähe zu der Truppe von Dieter Riefling aufzeigte, versuchte Reber sich lautstark einzumischen.

Auch scheint Frank Reber in der internationalen Nazi-Szene integriert zu sein. So taucht sein Name auf einer Adressenliste der verbotenen österreichischen **'Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition' (VAPO)** auf.

Bei den damaligen Hausdurchsuchungen wurden mehrere Waffen sowie eine Anleitung zum Bau von Sprengsätzen sichergestellt. Dies könnte auch erklären, wie der geständige Nazimörder **Thomas Lemke** (vgl. Artikel 'Töten auf Weisung Odins' in dieser Ausgabe) zu einer Pump-Gun kommen konnte: Lemke war ebenfalls Mitglied der 'Deutschen Liste' und stand in engen Kontakt mit dem Kameradschaftsführer Dieter Riefling.

Am 24. April 1996 kam es dann u.a. in Recklinghausen, Dorsten und Oer-Erkenschwick wieder zu einer groß angelegten Razzia. Die 47 Hausdurchsuchungen richteten sich gegen die **'Nationalen autonomen Zellen' (NaZ)**. 49 Personen wird die Fortführung der verbotenen FAP sowie die Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Die Razzia stützte sich auf Ermittlungsergebnisse der Razzia vom 6. Februar 1996.

Oliver Krägeloh und das "Verlorene Land"

Oliver Krägeloh, der am Volkstrauertag '92 zusammen mit **Volker Rehbronn**, dem Bochumer Kameradschaftsführer von **'Volkswille'**, die Grabstätten von Kriegsgefangenen und WiderstandskämpferInnen auf dem Friedhof am Freigrafendamm in Bochum verwüstete, hat in Schwerte-Ergste nicht nur ein neues Domizil gefunden. Er scheint auch ein neues politisches Betätigungsfeld erschlossen zu haben. Und zwar beim **'Deutschen Freundeskreis der AWB'**. Dies geht zumindestens aus dem von der braunen **'Interessengemeinschaft Volksstaat'** herausgegebenen Blättchen **'Volksstaat Kurier'** hervor. Nicht nur, daß Krägeloh sich hier über das *"Verlorene Land"* (gemeint ist Namibia) ausläßt. Er annonciert dort gleich für seinen 'Im- und Export', über den per Nachnahme alles Mögliche an rassistischen Assesoires zu bestellen ist.

Der Freundeskreis der neonazistischen **'Afrikaanse Weerstandsbeweging'** in Südafrika proklamiert einen eigenen Burenstaat für das *"Brudervolk"*. Zur *"Sicherung seines Überlebens"* müsse dieses Transvaal und Oranje Vry Staat als eigenes Land bekommen. *"Alle Kameraden des rechten Spektrums"* müßten dem Feind international entgegentreten, heißt es im 'Volksstaat Kurier'. Auch finanziell müsse es unterstützt werden, und so wird gleich das Konto des AWB Wenkommando angegeben.

Neben platter Hetze gegen die Swapo in Namibia, den ANC in Südafrika und AWB-Durchhalteplattitüden, finden sich Aufrufe zur Reinhaltung der deutschen Sprache, gegen die Emanzipation der Frauen und diverse Berichte über Fahrten nach Roskilde, Schneverdingen und Diksmuide. Und natürlich auch Werbung für **'Nation und Europa'**, **'HNG-Nachrichten'**, **'Freie Stimme'** usw..

Vernetzt ist der braune Haufen schon ganz gut. Als Anschrift dient eine Adresse in Zwijndrecht in Belgien. Zu holländischen 'Kameraden', insbesondere zur **'Fundamentalistischen Arbeiterpartei' (FAP)**, scheint die Gruppe intensiven Kontakt zu pflegen.

Im Allgemeinen läßt sich wohl Folgendes sagen: Die deutschen Nazis scheinen sich für die militärische Ausbildung, die sie in Südafrika bei der AWB erhalten, revanchieren zu wollen. Gleiches gilt auch für Kroatien. In der 'Freien Stimme' (Nr.7) aus dem Sauerland kündigen **'Autonome Nationalisten'** aus NRW nach einem Besuch bei den kroatischen Nazis der **'Hrvatska Stranka Prava' (HSP)** in Kroatien an, einen **'Freundeskreis der HSP'** zu gründen. Mitgeplant ist die *"Einbindung in Deutschland lebender Kroaten"*. Die HSP orientiert sich am faschistischen Ustascha-Staat von 1941-1945. Daß sie für Antikommunismus und ein ethnisch homogenes Siedlungsgebiet eintritt, versteht sich da von selbst.

Neonazistischer Mörder verurteilt

Im November und Dezember 1995 fand im Landgericht Wuppertal der Prozeß gegen den des Mordes an dem Obdachlosen **Horst P.** angeklagten **Peter Drucks** aus Velbert statt (vergl. Antifa NRW Info Nr.8).
Nach sieben Verhandlungstagen wurde Peter Drucks zu zehn Jahren Haft und einer Einweisung in eine Alkoholentziehungsanstalt verurteilt.
Das Strafmaß setzt sich aus den Einzelstrafen von neun Jahren wegen Mordes sowie zwei Jahren und neun Monaten wegen gefährlicher Körperverletzung zusammen. Die Kammer blieb damit unter der von der Staatsanwaltschaft geforderten Haft von 12½ Jahren.
Der Vorsitzende Richter begründete (laut WAZ vom 15.12.1995) sein Urteil wie folgt: *"Peter Drucks verfüge über durchschnittliche Intelligenz, sei aber körperlich etwas zurückgeblieben. Sozial abgeglitten in eine 'dumpf - gefühlsmäßig rechtsradikale Clique' habe er versucht, das fehlende Selbstvertrauen durch Alkohol zu kompensieren. So habe er innerhalb der Clique ein 'Pseudo-Selbstwertgefühl' entwickelt"*.
Die sonst in Diskussionen um Strafmaße nur sehr schwer einzubringende soziale und psychische Situation der Angeklagten gilt anscheinend bei rechtsradikalen/rassistischen StraftäterInnen für die meisten Gerichte als ausschlaggebend. Analog verhält sich die öffentliche Debatte in Velbert, wie etwa Äußerungen des ehemaligen Polizeichefs **Henrie Schmidt** oder, beim jetzigen Fall, die Aussagen des Velberter **Sozialdezernatsleiter Dr. Wolfgang Mohn** belegen: *"Vor allem möchten wir nicht, daß Jugendliche, die tatsächlich oder angeblich dem rechten Spektrum angehören, als potentielle Messerstecher gelten. Nicht auf jeden, der durch sein äußeres Erscheinungsbild den Eindruck erweckt, für rechtsradikale Parolen empfänglich zu sein, trifft dieses tatsächlich zu"* (supertip, 25.2.95). Immer wieder wird rechte Gewalt bagatellisiert, obwohl die rechtsradikale Szene in Velbert schon seit Jahren für ihre Brutalität bekannt ist.
Der Mordprozeß brachte leider nur ansatzweise Klarheit über die Strukturen der Velberter Rechtsradikalen zu Tage, obwohl einige Mitangeklagte, die in ihren Prozessen in Mettmann zu Bewährungsstrafen verurteilt worden waren, als Zeugen aussagen mußten. **Andreas Brandt** bezeichnete sich als *"deutsch-national"*; **Lamijon**, genannt 'Pansen', berichtete dem Gericht, er und **Remo Schonsky** seien Mitglieder der verbotenen **'Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei' (FAP)** gewesen. Bei eben diesem Remo Schonsky fand die Polizei bei einer Hausdurchsuchung nazistisches Infomaterial und ein Hitlerbild.
Die neonazistische Szene scheint sich durch den Prozeß nicht beeindrucken zu lassen. So tauchten im benachbarten Heiligenhaus Aufkleber diverser neofaschistischer Organisationen auf, z.B. der **'Jungen Nationaldemokraten' (JN)** und des **'Bundes Nationaler Kameraden' (BNK)** sowie Sprühereien mit rassistischem Inhalt. Allesamt befanden sich ganz in der Nähe der Wohnung des an der Hausbesetzung durch Rechte in Velbert-Tönisheide beteiligten **Volker Schemaitat**. In dessen Wohnung treffen sich in letzter Zeit regelmäßig Gleichgesinnte.

'Aktions-Bündnis-Witten'

Seit Mitte April tauchen in der Wittener Innenstadt immer wieder Aufkleber eines **'Aktions-Bündnis Witten'** auf. Auf diesen Aufklebern wird *"gegen linke Bevormundung und Multi-Kulti-Propaganda"* gehetzt. Zu beziehen sind sie über ein Postfach des **'Deutschen Aktionsbündnisses'**, das dem Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift **'Freies Wort Südwestfalen'**, **Rüdiger Kahsner** aus Hagen gehört. Hergestellt wurden die Aufkleber von einem **'RK Druck und Vertrieb'**, der ebenfalls Kahsner zuzurechnen ist.

Drahtzieher im braunen Netz

Lange ersehnt, ist er nun endlich erschienen: Der neue 'Drahtzieher'. Gemeint ist das Buch 'Drahtzieher im braunen Netz', erstellt von einem 'Antifaschistischen Autorenkollektiv'. Wir möchten dieses Werk wärmstens empfehlen. Sozusagen ein absolutes Muß für all diejenigen, die im antifaschistischen Bereich tätig sind. Im folgenden dokumentieren wir das Kapitel 'Überblick' aus diesem Buch.

Überblick

Jahrelang stand die "Ausländerfrage" im Mittelpunkt der neonazistischen Propaganda. In den 70er Jahren übernahm die äußerste Rechte die Rolle des politischen Wegbereiters, bevor die Konservativen Mitte der 80er Jahre das Thema aufgriffen. Während der Debatten um die Asylrechtsänderung 1991/92 forcierten auch die Konservativen die ausländerfeindliche Stimmung in der Bevölkerung. Das Pogrom von Rostock- Lichtenhagen kam einer konzertierten Aktion von konservativen PolitikerInnen, staatlichen Organen und NS-Gruppen sehr nahe: PolitikerInnen als die geistigen BrandstifterInnen, während die Sicherheitsorgane demonstrativ wegschauten und die Neonazis zündelten.
Zurückgeblieben ist, trotz aller offiziellen Beteuerungen, ein "ausländerfeindlicher" Konsens in der deutschen Bevölkerung. Die extreme Rechte hatte eines ihrer Ziele erreicht. Durch die rassistische Offensive der Jahre 1991/92 erhielten die Neonazis neuen Zulauf, zumindest hatten sie ihren punktuellen Einfluß und ihre "Kampfkraft" bewiesen.
Die Konservativen bedienten sich der Neonazis, um die Asylrechtsänderung durchzusetzen; die damit verbundene Verstärkung des neonazistischen Lagers wurde billigend in Kauf genommen.
Heute profiliert sich die Bundesregierung durch eine scheinbar harte Verfolgung von Neonazi-Organisationen. Gleichzeitig läuft die staatliche Maschinerie zur Abschiebung von Flüchtlingen auf Hochtouren: Die Tatsache, daß sich keine Wahlpartei rechts von den Konservativen etablieren konnte, sagt leider nichts über das immer noch große rechtsextremistische Potential in der Bevölkerung aus. Warum sollte man oder frau auch die Republikaner wählen, wenn die alte REP-Forderung der "Ausländerrückführung" mittlerweile offizielle Regierungspolitik ist? Das Regierungsinteresse besteht weniger in der konsequenten Verfolgung neonazistischer Aktivitäten als in der Vermeidung negativer Schlagzeilen, da die Weltöffentlichkeit noch immer sehr sensibel reagiert, wenn im Land der Täter von Auschwitz Neonazis grölend und mit zum Hitlergruß erhobener Hand durch die Straßen laufen.
Unsere Recherchen belegen, daß die Neonazis durch die Verbote nicht geschwächt wurden. Trotz der Verbote agieren sie ungehindert weiter.
Die Entwicklung in Österreich ist weitaus dramatischer. Dort ist rechts von den Konservativen mit den Freiheitlichen um Jörg Haider eine Massenbewegung entstanden, die das Ziel hat, die österreichische Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Die Partei der Freiheitlichen (F-Bewegung) ist Vorbild für die Neonazis und Nationalisten in ganz Europa. Die zur "Bewegung" umfunktionierte Partei versteht es, mittels einer populistischen Politik verdrängte Emotionen einer Bevölkerung zu mobilisieren. Anders als in Deutschland marschiert in Österreich eine zeitgemäße Partei mit alter Geisteshaltung auf leisen Sohlen zu breiter Akzeptanz. Entsprechend ausgeprägt ist auch ihr Einfluß auf die Behörden und die Polizei. In Österreich tritt offen zutage, was auch in Deutschland praktiziert wird. In der Alpenrepublik weist alles auf ein Zusammenspiel von einer ultrarechten Fraktion innerhalb des Staatsapparates mit Neonazi-Kadertruppen hin.
Wir beschäftigen uns mit den Neonazis in Deutschland und Österreich, weil es sich um ein und dasselbe Netzwerk handelt. Der Grad der personellen Verflechtung ist hoch, die dahinterstehende Ideologie ist faktisch identisch. Die Wurzeln dieses Netzwerkes lassen sich bis in die Zeit des Nationalsozialismus zurückverfolgen, die Verbindungen wurden nach dem verlorenen Krieg aufrechterhalten und ausgebaut.

Briefbomben und Anti-Antifaschismus

Im ersten Teil unseres Buches beschreiben wir drei Aktionsfelder der Neonazis: die Briefbomben, den Aufbau von Werwolf-Untergrundstrukturen und die Anti-Antifa-Kampagne.
In Österreich verschicken die Kommandos einer Bajuwarischen Befreiungsarmee Briefbomben und ermorden Menschen. Die Aktionen dieser Terrortruppe sind gezielt. Sie agieren bewußt und mit politischem Kalkül. Verfolgt wird eine "Strategie der Spannung" mit dem Ziel, ein autoritäres Gesellschaftssystem zu errichten. Seit Juni 1995 wurde der Terror auf Deutschland ausgeweitet. Auch wenn es in Deutschland weniger politische Anknüpfungspunkte für die militanten Neonazis gibt als in Österreich, wird auch in Deutschland der Untergrundkampf vorbereitet. Die Terroristen in Österreich und die potentiellen Terroristen in Deutschland beziehen sich auf eine gemeinsame Strategiedebatte über eine Werwolf-Untergrundstruktur. Auch das Feindbild - die potentiellen Opfer - ist in einer grenzübergreifenden Debatte ausgemacht worden. Nachdem die Neonazis durch die rassistische Thematisierung der "Ausländerfrage" an Boden gewonnen haben, steht jetzt der Angriff auf "das System" im Mittelpunkt. Heraufbeschworen wird das Szenario eines geplanten "Völkermordes" (der sogenannte Ethnozid) an den Deutschen, die mit den "Waffen" der Immigration und von "Mischehen" bedroht würden; Drahtzieher seien "Wallstreet und Geheimbünde", ihre Helfershelfer

"Inländerfeinde". Letzteres wird als Synonym für alle, die eine fortschrittliche humane Politik betreiben, verwendet. Unter den Vorzeichen eines Anti-Antifaschismus wurde ideologisch der Weg zur Identifizierung des politischen Gegners betrieben - eine Diskussion, die auch von Konservativen vorangetrieben wurde. Zwischen ihnen und den Nazis gibt es seit jeher Allianzen und Überschneidungspunkte, wenn es gegen den Antifaschismus, um die Verleugnung des Holocaust und die Infragestellung der bestehenden Grenzen Deutschlands und Österreichs geht.

Verbotene Parteien und Organisationen machen weiter

Im zweiten Teil des Buches zeichnen wir die Entwicklung der wichtigsten militanten Neonazi-Gruppen nach. Verbote wie in Deutschland oder drastische Verurteilungen wie in Osterreich führten nicht zu einer Beseitigung der Gefahr. Die größtenteils verbotenen Neonazi-Organisationen haben die Verbote relativ unbeschadet überstanden und sich neu strukturiert. Übriggeblieben sind die überzeugten und gefestigten Nazis, die Kader der Organisationen. Die Kader können, da sie aus einer tief verinnerlichten nazistischen Gesinnung heraus handeln, auf einen einheitlichen Parteinamen verzichten. Parteinamen, -posten und -ämter sind als identitätsstiftende Momente wichtig für Mitläufer oder profilierungssüchtige Funktionäre. Die heute bedeutenden Neonazi-Zusammenschlüsse sind keine Parteizusammenschlüsse, sondern Verbindungen von mehreren streng hierarchischen Kaderstrukturen. In ihren einzelnen Untergliederungen setzen sie die Politik relativ eigenständig um. Die Organisationsstreitigkeiten haben an Bedeutung verloren. Zum Beispiel arbeiten die Mitglieder und Kader der Nachfolgegruppen der Nationalistischen Front (NF) in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in "Massen"- und Kulturorganisationen, in Vorfeld- und Rekrutierungsorganisationen, in Ideologieschmieden und Studienzentren. Zusätzlich sind verstärkte Anstrengungen zu beobachten, einen paramilitärischen Untergrundflügel aufzubauen. Erklärtes Ziel ist es, die Zersplitterung der rechten Szene durch die Herausbildung eines geschulten und vernetzten Führungskaders zu überwinden - die Entwicklung einer "APO (Außerparlamentarischen Opposition) von rechts". Diese "APO" hat im wesentlichen die Aufgabe, die illegale und legale Arbeit zu organisieren.

Fraktionsübergreifende Sammlung

Trotz Parteiverboten organisieren sich die Neonazis fraktionsübergreifend in sogenannten Freundeskreisen und regionalen Wahlparteien. Nicht mehr der eine oder andere Organisationsname, sondern verschiedene Projekte wie Mail- Boxen, Nationale Infotelefone, Zeitungen und Pressearchive stehen im Mittelpunkt. Aus den Niederlagen der rechtsradikalen Wahlparteien in Deutschland wurde die Konsequenz gezogen, einen gefestigteren Aufbau von der Basis her zu betreiben.

Das Nachkriegsnetzwerk

Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, daß vor allem ehemalige Mitglieder der Waffen-SS der jungen Nazi-Generation zur Hand gingen und der Szene den Weg zu klandestinen Organisationsformen wiesen. Es handelt sich um ein schwer durchschaubares Geflecht von Gruppen, die mittels zahlreicher sogenannter Scharnierorganisationen vernetzt und zusammengehalten werden. Vorbild ist die im Hintergrund agierende "verschworene Gemeinschaft selbstloser Feuergeister", ein Orden, dessen Mitglieder nach "verbindlichen Regeln leben". Dieser Orden hat den Anspruch, "die oberste Elite in einem Bund" zusammenzufassen. "Strategie und Taktik werden allein von der Ordensleitung bestimmt", die Umsetzung findet in eigener Verantwonung statt. Die neuen Nazis wurden in dieses Organisationsgeflecht integriert.

Im Mittelpunkt unserer Recherche steht der (Neo-)Naziuntergrund, also paramilitärisch und politisch arbeitende Gemeinschaften, die zwei Seiten eines Netzwerkes darstellen. In dieser Struktur sind Mitgliedschaften nur noch schwer nachweisbar, da die Zusammenarbeit weitgehend im Verborgenen stattfindet.

Die Gefahr des Neofaschismus ist auch in Deutschland keineswegs beseitigt. Läßt der öffentliche Druck gegenüber den Neonazis nach oder ergeben sich wieder Gemeinsamkeiten mit der offiziellen Politik, wird sich das braune Netzwerk zurückmelden: stärker und gefestigter als zuvor.

Im folgenden dokumentieren wir eines Resolution des 'Bundesweiten-Antifa-Treffens' (B.A.T.):

Resolution

Am 14. August 1996 wird in Lüneburg der Prozeß gegen 17 Menschen aus Göttingen eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder der Autonomen Antifa (M) Göttingen zu sein. Diese soll eine *"kriminelle Vereinigung"* nach §129 sein.
Das Verfahren ist auf 131 Verhandlungstage (mit drei Prozeßtagen pro Woche) angesetzt. Durch Festlegung des Gerichts von zwei AnwältInnen pro Angeklagtem/R ergeben sich insgesamt 3,5 Millionen DM Kosten. Das bedeutet den finanziellen Ruin der Angeklagten.
Hier soll eine öffentlich arbeitende Gruppe zu einer kriminellen Vereinigung erklärt werden. Die strafrechtlichen Grundlagen dieses Verfahrens sind im wesentlichen lediglich angebliche Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und angeblicher Landfriedensbruch. Eine Verurteilung in diesem Verfahren würde einen deutlichen Einschnitt in die Möglichkeiten linker Organisierung bedeuten. Mit einer Verurteilung würde ein Präzedenzfall geschaffen, der jederzeit auf andere ähnlich arbeitende linke Gruppen übertragen werden könnte.
Das Verfahren gegen die Antifa (M) ist Teil der Repression gegen die Linke in den letzten Jahren, die unter anderem dazu dient, die politische Arbeit lahmzulegen.
Beispiele dafür sind:

- Die Konstruktion einer kriminellen Vereinigung 'radikal',
- die mehr als 80 bundesweiten Hausdurchsuchungen vom 13.06.1995 (im Rahmen der Ermittlungsverfahren gegen die radikal, das K.O.M.I.T.E.E., die AIZ und wegen angeblicher Unterstützung der RAF), die von Innenminister Kanther selbst als *"Präventivschlag gegen die Linke"* bezeichnet wurden,
- Ermittlungsverfahren nach §129a in Passau und Weimar,
- die Beugehaftverfahren in Wiesbaden/Frankfurt(M),
- das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen sowie die Kriminalisierung jeglichen kurdischen Widerstandes.

Vor dem Hintergrund der forcierten (Re-)Militarisierung der deutschen Außenpolitik und der massiven Umverteilung von unten nach oben, läuft der Repressionsapparat nach innen auf vollen Touren.
Angriffe auf linke Strukturen gab es schon immer; einmal mehr, einmal weniger. Bei diesen Angriffen geht es um die Zerschlagung von Strukturen, die für eine Organisierung der Linken eintreten und um das Kappen linker Geschichte. Strukturen, welche linke Geschichte nicht auf den Müllhaufen derselben werfen, sondern diese aufgreifen, um daraus neue revolutionäre Perspektiven zu entwickeln, die weiterhin linken militanten Widerstand thematisieren. Gegen diese Strukturen richtet sich die Repression in diesem Moment.

Kämpfen wir dagegen an!

Das B.A.T. fordert die sofortige und bedingungslose Einstellung der Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) und die Herausgabe allen beschlagnahmten Materials !

Das B.A.T. ruft zur Teilnahme an der Demonstration in Göttingen zu Beginn des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M) auf!

Keine Kriminalisierung des linksradikalen Widerstandes!

Solidarität ist eine Waffe!

Plenum des B.A.T. im Mai 1996

Das Bundesweite-Antifa-Treffen (B.A.T.) findet mit Beteiligung von ca. 40 Städten seit 3 Jahren regelmäßig statt. Die darin vernetzten antifaschistischen Gruppen versuchen über einen Informationsaustausch hinaus, Aktionen und Perspektiven antifaschistischer Arbeit zu diskutieren und zu entwickeln. Kontakt: B.A.T., c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Veranstaltungsreihe

„... folgerichtig ist Antifaschismus kriminell!"

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)

Angeklagte aus Göttingen informieren über die aktuelle Entwicklung und Hintergründe des größten Strafprozesses gegen autonome AntifaschistInnen in der Geschichte der BRD, der in Kürze eröffnet wird.

23.6.96, 17.00 Uhr, Duisburg
Fabrik, Grabenstr. 20
Veranstalter: Antifa Duisburg

24.6.96, 20.00 Uhr, Münster
FaRat-Cafè, Scharnhorststr. 103
Veranstalter: Undogmatische Linke

25.6.96, 20.00 Uhr, Köln
Lotta, Achterstr. 32
Veranstalter: Lotta

26.6.96, 19.00 Uhr, Bochum
Bhf. Langendreer, Wallbaumweg 108
Veranstalter: Antifa Dortmund-Nord

27.6.96, 19.30, Wuppertal
Autonomes Zentrum, Wiesenstr. 11
Veranstalter: Autonomes Zentrum



Foto: Der 'Standort Deutschland' wird gesichert...


Die
antifaschistische
Selbsthilfe
Organisieren !